

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 15. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Potenkinische Zahlen.

Rußland, das zarische, ist krank, sehr krank, das weiß alle Welt. Aber wer ist in der Lage, sagen zu können, welcher Verlauf die Krankheit nehmen wird?

Es bedarf außerordentlich genauer Kenntnis des Patienten, um darüber mit Sicherheit urteilen zu können. Die ungeheure Ausdehnung dieses Reiches spottet allem Vorherfragen auf Grund lokaler Vorkommnisse. Sein Körper ist so groß, daß er an einzelnen Stellen den gewaltigsten Blutverlust erleiden, völlige Lähmungen erfahren kann, ohne daß ihm damit schon die Kraft des Fortlebens verloren ginge. Schwerfällig, wie gewisse Reptilien, hat er auch ihre Lebensfähigkeit. Woran ein vorgeschrittener, feinerer Organismus längst in die Brüche gegangen wäre, das überlebt der Dickschäuter, dessen Blut träge fließt und dessen Nerven sich nur schwach verästelten. Schließlich muß freilich selbst der zähste Kalbfleischer daran glauben, und einzelne Lebenserscheinungen beweisen ihrerseits noch nichts für die Lebensdauer. Aber ohne sehr scharfen Einblick in die Wesenheit und das Funktionieren der der Lebensorgane vermag man eben doch nichts über sein Ende vorher zu bestimmen.

Eines der Hauptorgane aller Staatswesen unserer Epoche ist die Finanz, und sie spielt nirgends eine so große Rolle, wie gerade in Rußland. Nichts zeugt mehr dafür, als die Tatsache, daß Rußlands Staatskassen immer mehr in erster Linie Finanzkassen sind. Noch nachdem der Welt der Zusammenbruch seines militärischen, moralischen und administrativen Systems offenbar geworden, sucht Rußland ihr um jeden Preis den wahren Stand seiner Finanzlage zu verheimlichen. Hier wenigstens möchte es bis zuletzt das alte Vertuschungs- und Kulissenverschiebungssystem aufrechterhalten. Aus sehr guten Gründen. Denn in dem Moment, wo es seine laubere Finanzwirtschaft nicht mehr fortsetzen kann, ist es mit seiner ganzen bisherigen Regierungswirtschaft am letzten. Hier ist der Zentralpunkt seines Nervensystems, wo ein starker Schlag die Lähmung des Ganzen zur Folge hat. Daher die fast beispiellosen Anstrengungen, durch sogenannte Interventionskäufe den Fall des Kurzes seiner Staatskassen aufzuhalten.

Es ist heute in der ganzen Welt bekannt, daß sobald infolge irgend eines Ereignisses größere Posten russischer Staatspapiere an den europäischen Börsen zum Verkauf angeboten werden, die Bankiers der russischen Regierung sie aufkaufen, um einen Kurssturz zu verhindern. Da sich Bankhäuser ersten Ranges darunter befinden — in Berlin das Haus Mendelssohn — ist es in der Tat bisher gelungen, diese Papiere noch auf einem passablen Kursniveau zu halten. Allerdings steht die vierprozentige russische Staatsrente heute 12 Proz. im Kurs niedriger als vor Ausbruch des Krieges. Aber was will das heißen, wo Frankreich 1870/71 seine Renten um 30 Proz., England 1901/2 seine Konsols infolge des Boerenskrieges um 25 Proz. fallen ließ? Und das sind und waren doch Staatswesen mit vor aller Welt offenkundigem Finanzgebahren. Daß die russischen Kurse sich besser halten, als wie feinerzeit die englischen und französischen, spricht nicht für die größere Solidität, sondern nur für die größere Künstlichkeit des russischen Finanzgebahres. Es muß mit Zuhilfenahme aller möglichen Börsenkünste künstlich gestützt werden, um nicht völlig zusammenzubrechen. Aber wenn die Stützen den Zusammenbruch bisher aufhalten konnten, werden sie ihn dauernd verhindern können?

Zu den Schriften, welche sich mit dieser Frage befassen, ist vor kurzem eine Abhandlung aus der Feder Georg Vernhards getreten, die den Titel trägt „Armes reiches Rußland.“ Vernhard, zu dessen Spezialitäten Finanzfragen gehören, geht in der Schrift außerordentlich vorsichtig vor, immer betuht, nicht ein Wort mehr zu sagen, als er auf Grund authentisch festgestellter Tatsachen beweisen kann. Um so vernichtender für die russische Finanz sind die Schlussfolgerungen, zu denen er kommt. Sie bestätigen die schärfsten Urteile, die von anderer Seite über den Trug der russischen Finanzausweise gefällt worden sind. Sie beweisen und sprechen es aus, daß die glänzenden Zahlen des russischen Budgets und der russischen Staatsbankberichte, die dem kapitalanlegenden Publikum immer wieder vor Augen geführt werden, im vollen Sinne des Wortes Potemkinische Zahlen sind, Fälschungen, die jede Glaubwürdigkeit abgeht.

Hier die Sätze, in denen Vernhard am Schluß das Resultat seiner Untersuchungen zusammenfaßt:

1. Kein russisches Budget, das während der letzten 15 Jahre der Öffentlichkeit übergeben worden ist, verdient in bezug auf seine technische Durchführung und in bezug auf Wahrschaffigkeit seiner Angaben irgend welches Vertrauen.
2. Die Anleihen des russischen Reiches haben eine Höhe erreicht, die in gar keinem Verhältnis mehr zur Leistungsfähigkeit der russischen Bevölkerung steht.
3. Diese Anleihen sind nur zu einem ganz geringen Teil zu produktiven Zwecken aufgenommen worden, größtenteils waren sie notwendig, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen oder um die Goldwährung vor dem Zusammenbruch zu bewahren.
4. Die russischen Eisenbahnen bilden kein Vermögen, sondern ein freissendes Staatsvermögen. Sie sind unter militärischen, aber nicht ökonomischen Gesichtspunkten gebaut worden. Sie repräsentieren lange nicht den Aktivwert, mit dem sie in die Staatsbilanz eingesezt sind.
5. Rußlands Forsten befinden sich in einem desolaten Zustande.

6. Das Rückgrat der russischen Volkswirtschaft, der Ackerbau, ist den rein finanziellen Interessen der einzelnen Finanzminister geopfert worden. Der Getreideexport wird zu unlohnenden Preisen forciert, der russische Bauer ist nicht in der Lage, die bedrückenden Steuern aufzubringen.

7. Die Angaben über den Fortschritt der russischen Industrie-Entwicklung, die Minister Witte publiziert hat, sind in den wesentlichsten Teilen falsch und irreführend.

8. Das russische Bankwesen wird willkürlich geleitet und bietet gar keine Garantien dafür, daß es stürmischen Zeiten gewachsen ist.

Es verbietet sich, hier die berührten Fragen im einzelnen durchzugehen. Von besonderer Wichtigkeit sind die in Punkt vier bis sieben ausgesprochenen Urteile, weil sie Dinge behandeln, hinsichtlich deren im Publikum die größten Irrtümer verbreitet sind. Oft hört man z. B. von Rußlands ungeheuren Waldbeständen als einer unerschöpflichen Quelle seines Reichtums sprechen. Aber welcher Raubbau jahraus jahrein mit ihnen betrieben worden ist, um nur Geld für den Staatskassas zu schaffen, das hört man nicht. Ueberwältigende Zahlen der russischen Handelsberichte erzählen von einem fabelhaften Aufschwung der russischen Industrie. Wie kommen sie zustande? Wiederholt sind in den Berichten über Hauptindustrien die Zahlen für die Werte der Rohfabrikation, der Halbfabrikation und der Ganzfabrikation kurzweilig addiert und der so erhaltene Betrag als der Produktionswert der betreffenden Industrie angegeben worden. Wie sich aber jeder bei nur ein wenig Nachdenken leicht sagen kann, sind die Werte der Roh- und Halbfabrikation schon in denen der Ganzfabrikation — so die von Holzbaumstoffe und Garu in denen der fertigen Gewebe — mitenthalten, die Addition also Täuschung. Uebrigens ist diese geniale Aufrechnungsmethode im Wesen identisch mit der Art, wie das russische Staatsbudget zusammengestellt wird. Es operiert mit lauter Bruttozahlen, die sich zum Verbunkeln des wahren Tatbestandes vorzüglich eignen.

Am wichtigsten ist aber die in Punkt 5 hervorgehobene Preisgabe der Landwirtschaft Rußlands für die zarische Finanzwirtschaft. Die Landwirtschaft ist noch immer bei weitem der mächtigste Erwerbszweig Rußlands. Rahezu vier Fünftel seiner Bevölkerung — 77,8 Proz. — gehören der Landwirtschaft an. Und deren Interessen, die Interessen der Bauern und Landarbeiter in erster Linie, hat man geopfert, um im Interesse der leichteren Aufnahme von Anleihen die Goldwährung durchzuführen und das Budget im Gleichgewicht halten zu können. Es ist ein besonderes Verdienst der Vernhardschen Schrift, den rein merkantilistischen, antibolschewistischen Charakter der Finanzpolitik scharf und klar dargelegt zu haben, die die russische Regierung seit Jahr und Tag befolgt hat. Um vermittelt einer sogenannten aktiven Handelsbilanz, d. h. Ueber-schuss der Ausfuhr über die Einfuhr, Ausgleich für ihre passive Zahlungsbilanz zu schaffen, hat die russische Regierung die Ausfuhr von Getreide und anderen Landwirtschaftsprodukten in einer Weise forciert, bei der der russische Bauer und der russische Boden total heruntergekommen sind. In keinem Lande der Welt sind die Reinertragsziffern in der Landwirtschaft so niedrig wie in Rußland, und statt alles zu tun, die Landwirtschaft zu heben, hat man ihr durch hohe Schutzgölle und indirekte Steuern die Existenzbedingungen verteuert und sie gezwungen, ihr Produkt zu Schmelzpreisen zu exportieren. Wollte der russische Bauer und Landarbeiter sich einigermaßen normal ernähren, so müßte Rußland heute Getreide einführen, statt auszuführen. Statt dessen ist aber seine Ausfuhr immer noch gestiegen, und das Landvolk nagt am Hungertuche. Alles, damit die Riesensummen aufgebracht werden konnten für die strategischen Eisenbahnen und die ostasiatische Politik. Die Durchführung der Goldwährung, die großen Exportzahlen Rußlands imponierten dem europäischen Publikum nicht wenig, es sah nicht, daß hinter diesen Blendern das Elend von Millionen und wieder Millionen wirklich notleidender Landleute steckte, so deutlich auch die immer wieder ausbrechenden Hungernöte sprachen. Und wer weiß, wie lange ohne die Niederlage in Asien das Spiel noch gegangen wäre — denn der Ruschik war morganisiert und daher leicht im Zaum zu halten. Regte er sich an irgend einer Stelle wirklich einmal, so waren genug Kosaken da, ihn niederzuschlagen.

So war es bisher. Jetzt aber, wo jeder Tag das Ansehen der Regierung mehr erschüttert, wo sie immer mehr Truppen zusammenziehen muß, um der Revolution in den Städten die Stirn bieten zu können, wo es in den Regimentern gärt, wo die Verwaltung immer kopfloser wird, da wird auch in diesem Punkt es anders werden müssen. Schon hat sich der Ruschik an verschiedenen Orten erhoben. Schon hören wir von Bauernaufständen in einzelnen Gouvernements und der Ermordung von Gutbesitzern. Wundert man sich nicht über letzteres. Es ist immer so gewesen. Der gott- und waterlandlose, sozialistisch empfindende Industriearbeiter kämpft seinen Klassenkampf mit der Waffe des Streiks, der fromme, königs- oder kaiser-treue Bauer fällt über den Gutbesitzer her, wenn er reboliert. Aber wie dies auch sei, er erhebt sich, und wenn sich der Zustand des Landvolkes ausbreitet, wenn es sich weigert, noch länger zu hungern, nun, dann bricht der letzte Pfeiler zusammen, auf dem sich das schimmernde Gebäude der russischen Finanzwirtschaft aufbaute. Dann werden die Massenexporte von Landwirtschaftsprodukten auf lange Zeit gewaltig zusammenschrumpfen, dann wird die Möglichkeit, den Coupon zahlen zu können, vollends zunichte.

Vernhard hat seiner Schrift den Untertitel gegeben: „Ein Mahnwort an Deutschlands Kapitalisten.“ Diese sollen darauf dringen, daß Rußland behufs Durchführung einer gründlichen Reform seiner Finanzwirtschaft eine freigeitliche Verfassung er-

halte. Er täuscht sich aber schmerzlich darüber, daß auch dieses Mahnwort, wie so viele andere, in den Wind gesprochen sein wird. Und so dürfte es doch dahin kommen, daß das arme Rußland — das wirklich arme — in seiner Art das Wort wahr macht, in das die Vernhardsche Schrift ausläuft:

„Tut die Finanzwelt Westeuropas jetzt ihre Schuldigkeit nicht, so muß der Versuch, das russische Danaidenfäß zu füllen, mit einer furchtbaren Katastrophe enden!“

Ed. B.

### Die revolutionäre Kampforganisation.

Moskau, 14. Juli. Der Utenäter, der den Grafen Schuwalow richtete, war früher Lehrer in Petersburg. Er erklärte, er gehöre der Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei an. Graf Schuwalow habe auf der Liste der zum Tode Verurteilten gestanden.

Aus Riga wird dem „L.A.“ gemeldet: Ein ganzer Transport revolutionärer Schriften, der aus dem Ausland per Schiff angekommen, wurde hier abgefangen und sein Führer verhaftet. Der Zoll-aufseher, der den Verhafteten in Polizeigewahrsam bringen wollte, wurde dabei von zwei jungen Leuten durch Revolver-schüsse schwer verwundet und starb bald darauf. Die Täter blieben unentdeckt. Außer literarischen Schriften enthielten die beschlagnahmten Rollen noch 150 Kilogramm Proklamationen, die alle in der Schweiz gedruckt und unterzeichnet sind: „Sozialdemokratische Bibliothek Nr. 32“. Die Proklamationen sind in drei örtlichen Sprachen abgefaßt.

### Eisenbahnerbewegung.

Warschau, 14. Juli. Sämtliche Angestellten der Warschau-Wiener Bahn haben einhellig den Entschluß gefaßt, vom 15. Juli ab die polnische Sprache als Dienstsprache zu benutzen und polnische Anschriften einzuführen. Wenn die Behörde sich der Ausführung dieses Beschlusses widersetzt, so soll eventuell die Arbeit niedergelegt werden.

### Offizielles vom Kaukasus.

Petersburg, 14. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein heute veröffentlichtes Regierungskommuniké teilt mit, daß die Vorgänge im Kaukasus während der verfloffenen zwei Wochen das Werk der revolutionären Parteien in Tiflis gewesen sind, deren Bestreben darauf gerichtet war, das dortige Wirtschaftsleben zu stören. Bei der Mitteilung von Einzelheiten über den offenen Kampf gegen die für die Ordnung eintretenden Privatpersonen, die Behörden und die Truppen weist die amtliche Mitteilung darauf hin, daß die russischen Arbeiter in Tiflis ein konservatives Element bilden (?), daher sei die Ermordung solcher durch Revolutionäre mehrfach vorgekommen. Das über die jüngsten Bombenanschläge in Tiflis bereits Bekannte ergänzt der Regierungsbote durch eine vom 11. Juli datierte Mitteilung aus dem Kreise Tiflis, derzufolge ein Bombenlaboratorium entdeckt worden ist, in dem vier gefüllte und 24 unfertige Dynamitbomben sowie gegen 500 Pakete mit Dynamit und Nitroglycerin usw. gefunden wurden. Der Versuch der Laboranten, eine Explosion zu verursachen, wurde durch die Polizei vereitelt. Während der Haus-suchung wurden in den umliegenden Gärten Gewehre- und Revolver-schüsse gewechselt. Insgesamt wurden dort zwölf Personen verhaftet. Ein Laborant verübte im Gefängnis Selbstmord.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juli.

### Kölnische Torheiten und Unwahrheiten.

Die „Kölnische Zeitung“ hatte jüngst gegen den Genie-streich des Fürsten Wilow in der Jaurès-Angelegenheit eine für ein offizielles Blatt leidlich verständige Haltung eingenommen. Sie hatte nicht nur vor dem Erlaß, als das Verbot in der Presse prophezeit wurde, es als unklug und unnützlich bezeichnet, sondern sie hielt sich auch nachher noch in einer ausführlichen Darlegung von ihrem Herrn und Meister Wilow fern. Jetzt aber will die „Köln. Ztg.“ den Irrtum einer vernünftigen Amvandlung reuenvoll beichten, indem sie um so unvernünftiger über „die Sozialdemokratie und die auswärtige Politik“ arriest.

Der „Köln. Ztg.“ ist die schneidende Kritik in die Nieder-gegangen, die unser Parteigenosse Vebel in Konstanz gegen den Reichskanzler und gegen die badischen Behörden gerichtet hat, die dort unsere ausländischen Parteigenossen nach Wilow'schem Muster an der Aussprache gehindert haben. Jetzt wendet sich die „Köln. Ztg.“ nicht mehr gegen die jämmerliche Verbotspolitik, sondern entlagungsvoll erklärt sie: „Wenn man einen Mann wie Jaurès, in Berlin nicht zu Worte kommen lasse, so dürfte man auch in Konstanz sozialdemokratische Ausländer nicht sprechen lassen.“ Und weiter erklärt sie, daß das Ausland sich nicht über das Verbot, vielmehr darüber wundern müsse, daß in Deutschland ein so hoher Grad von Redefreiheit den Gegnern der Regierung und der gegenwärtigen Staatsform eingeräumt werde. Während die rheinische Wetterfahne sich gestern gegen unnütze und unkluge Regierungsmassnahmen wendete, ist sie heute umgeschlagen gegen die Kritik jener Regierungsmassnahmen.

Dann müht sich die „Köln. Ztg.“, die auswärtige Politik der deutschen Regierung dadurch zu erhöhen, daß sie die sozialdemokratische Auslandspolitik herabsetzt. Gatten wir die Unsicherheiten gekennzeichnet, denen die Völker durch eine geheimnisvoll arbeitende Diplomatie überliefert werden, hatten wir gegen die Fährnisse, die in der Marokko-Angelegenheit den weitesten Kreisen zum Bewußtsein gelangten, durch unsere

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlaggehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beirats- und Besprechungszettel 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Friedensdemonstrationen Protest erhoben, so leistet sich die „Köln. Ztg.“ jetzt die zwar nicht neue, aber lächerlich törichte Behauptung, daß gerade die sozialdemokratische Auslands-politik „nichts weniger als friedlich“ sei. „Wie oft,“ sagt die „Köln. Ztg.“, „zuletzt noch bei der Gull-Angelegenheit, haben sie uns in einen Krieg mit Rußland hineingehoben wollen, wobei sie gänzlich übersehen, daß ein solcher Krieg auch einen Krieg mit Frankreich in der Folge gehabt hätte. Sie waren damals die Gezer zum Weltkrieg, und wenn dieser nicht eingetreten ist, so verdanken wir das wahrlich nicht den Sozialdemokraten, sondern der Diplomatie, die für den Frieden arbeitete und deren Tätigkeit durch das Säbelrasseln der Sozialdemokratie höchstens erschwert wird.“ Die blöde Unwahrheit dieser Behauptung ist längst im Reichstage nachgewiesen worden. Es ist niemals einem Sozialdemokraten eingefallen, zum Kriege mit Rußland zu hegen, am allerwenigsten wegen jener Geldentat des Admirals Roschidewensky, durch die sich die russische Marine genügend der unsterblichen Lächerlichkeit überliehert hat. Es ist unzulässig, jemandem auch nur zuzumuten, daß er wegen dieses Vorkommnisses zum Kriege gegen Rußland aushegen wollte. Durch die Wiederholung solcher Unwahrheiten seitens der „Köln. Ztg.“ werden sie aber nicht wahr.

Schließlich reißt die „Köln. Ztg.“ den Satz der Bebel'schen Rede aus dem Zusammenhange: „Die Regierungen mögen sich gesagt sein lassen, daß dann (im Falle eines Krieges) bei uns sehr leicht auch sonst Ähnliches passieren kann wie jetzt in Rußland.“ Gegen diesen Satz operiert das nationalliberale Blatt, indem es tapfer erklärt, daß mit solchen großen Worten Bebel niemand bange machen kann, „erstens weil er selbst an seine Schreckbilder nicht glaubt, zweitens aber und vor allem weil Deutschland nicht Rußland ist und bei uns die Verhältnisse doch wesentlich anders liegen als im Zarenreiche.“ Daran knüpfen sich dann die üblichen Redensarten von „sozialdemokratischer Großsprecherei“ u. dergl. Durch derartige plumpe Entstellungen des gegnerischen Standpunktes glaubt die „Köln. Ztg.“ das „Besitzenden und Gebildeten“ politisch unterrichten zu sollen! Durch das aus dem Zusammenhange gelöste Zitat erweckt man den Anschein, als habe der Gegner etwas Unvernünftiges gesprochen, und man feiert blühende Triumphe, indem man die dem Gegner unterstellte Meinung mit Lusthieben niederschlägt. Das Kunststück der „Köln. Ztg.“ steht, wie der Sachkenner der politischen Dinge leicht erkennt, darin, daß sie etwas, was unweifelhaft richtig ist, als bestritten und bekämpft durch die Sozialdemokratie hinstellt. Es versteht sich, daß es weder Bebel noch irgend einem anderen Sozialdemokraten einfällt, die russischen Verhältnisse mit den deutschen ohne weiteres in eine Linie stellen zu wollen. Diese Unterstellung der „Köln. Ztg.“ steht fast auf gleicher Höhe mit dem Verfahren der konservativen Scharmacher, welche jetzt hartnäckig behaupten, die Sozialdemokratie beabsichtige diejenigen Mittel der Gewalt in Deutschland zur Anwendung zu bringen, deren Anwendung sie bei den völlig anderen revolutionären russischen Zuständen in vollstem Maße für berechtigt hält. Als unser Parteigenosse Bebel sich mit dem von der „Köln. Ztg.“ zitierten Satz an die Regierungen wandte, hatte er zuvor dargelegt, unter welchen Voraussetzungen im Kriegsfall auch bei uns Ähnliches passieren könnte wie jetzt in Rußland. Die von der „Köln. Ztg.“ unterschlagene Voraussetzung besteht aber darin, daß Deutschland oder Frankreich einen freieselbstigen, gegen die Wünsche und Anschauungen der großen Mehrheit der Nation verstoßenden Eroberungskrieg zu führen versuchen sollten. Würde die „Köln. Ztg.“ diese entscheidende Voraussetzung nicht unterschlagen haben, so würden alle ihre gehässigen Beschimpfungen der sozialdemokratischen Auslandspolitik unmöglich gewesen sein.

Das rheinische Blatt für „Bildung“ hält es nicht für nötig, in seinen Auseinandersetzungen mit dem Gegner die primitivsten Forderungen der politischen Ehrlichkeit zu erfüllen. Daß aber derartige Wahrheitswidrigkeiten der Sozialdemokratie nicht zu schaden vermögen, das sollte die Intelligenz des rheinischen Blattes doch schließlich begreifen. Aber freilich, — da es keine gute Waffe weiß, so benützt es diejenige, die sich gerade bietet: Die Lüge und die Unwahrheit! —

### Der Konsequenzenmacher!

Unter den Selbstironisierungen, die Fürst Bülow, in der Meinung, sich selbst zu loben, sich im Laufe seiner Kanzlertätigkeit zugezogen hat, war eine der am meisten kennzeichnenden, daß er erklärte, er sei kein Konsequenzenmacher. Logik und Folgerichtigkeit erachtet Fürst Bülow für den Leiter eines großen Staatswesens als unnütze, ja schädliche Eigenschaften. Der „Realpolitiker“ hütet sich vor Konsequenz, er richtet sich „nach den Verhältnissen.“ Und doch, da Bülow sich also charakterisierte, hat er sich unterzogen, Bülow kann konsequent sein. Die Welt kann es nicht für möglich halten, aber es ist Wahrheit. Aus Mannheim wird uns telegraphisch berichtet: „In der hiesigen bürgerlichen Presse tritt die bestimmte Behauptung auf, daß das Medverbot in Konstanz gegen unsere ausländischen Parteigenossen auf ein besonderes Schreiben des Fürsten Bülow an den badischen Staatsminister Dusch erfolgt ist. Bülow habe in dem Schreiben das Verbot des Austrittens ausländischer Sozialisten ausdrücklich von der badischen Regierung erbeten.“ Bülow wird Konsequenzenmacher, Konsequenterweise — der politischen Lüge.

In der soeben erschienenen Nummer der „Nation“ wird der Bülowsche Geniestreich also gewürdigt: „Es gibt gewisse politische Lächerlichkeiten, die dem einfachen Menschenstand so unbegreiflich erscheinen, daß sich alsbald ein Zweifel darüber erhebt, ob sie auch dem Kopfe dessen entsprungen seien, der dafür die politische Verantwortung trägt. Zu diesen Mißgriffen gehörte die diplomatische Intervention des Fürsten Bülow, um Herrn Laurès in Berlin um Reden zu verbieten. Man hat durchblicken lassen, daß Fürst Bülow bei diesem staatsmännischen Akt äußeren Einflüssen ausgeleitet gewesen sei, denen zu widerstehen er sich nicht stark genug gefühlt habe. Diese Entschuldigung ist das Gegenteil einer Schmeichelei. Denn wer nicht sozial Straft besitzt, der Zuzumutung zu widerstehen, eine handgreifliche politische Dummheit zu verüben, dem ist das Vitterste nachgesagt, was dem Leiter der Politik eines großen Landes vorgeworfen werden kann. Man wird deshalb im Interesse des Fürsten Bülow wenigstens die Fiktion aufrechterhalten müssen, als ob er diesen Fehler unbeeinflusst, ganz eigener Initiative begangen habe. Daß es sich um einen Mißgriff schwerster Art gehandelt hat, wird dem Fürsten Bülow heute ebenfalls nicht mehr verborgen sein. Selten hat ein diplomatisches Aktenstück in allen Sprachen der Welt eine so abfällige Beurteilung erfahren wie der Laurès-Brief des Fürsten Bülow an den Fürsten Radolli. Diese Kritik erscheint umso empfindlicher, als sie durchweg auf den Ton einer verächtlichen Ironie gestimmt war. Die von Vertretern, die Fürst Bülow in

der deutschen Scharmacherpresse gefunden hat, kamen ihrer undankbaren Aufgabe mit plumpem Ungeschick nach. Die große Waffe der Bülow freundschaftlichen Presse fühlte sich dagegen sehr verletzen und hatte den Wunsch, die unbequeme Angelegenheit sobald als möglich in Vergessenheit zu bringen. Sie suchte die Aufmerksamkeit auf die Erfolge der Bülowschen Marokkopolitik zu lenken, der es glücklich gelungen sei, der französischen Regierung die Zustimmung zu der Marokkokonferenz abzurufen. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß die öffentliche Meinung, die gerade eben Jense eines politischen Mißgriffes geworden ist, dessen auch die schlauesten Oppositionsmänner den gegenwärtigen Reichskanzler bis vor kurzem nicht für fähig gehalten hätten, mit wachsender Skepsis erfüllt wird gegenüber allen jenen diplomatischen Finessen, die sich nicht in voller Offenlichkeit abspielen, und deren Meister angeblich Fürst Bülow sein soll.

Die Hoffnung, daß die deutsche Sozialdemokratie dem deutschen Reichskanzler den Gefallen tun würde, seinen Mißgriff dadurch wieder gut zu machen, daß sie ihrerseits die Waffe, die er ihr in die Hand gespielt hat, ungeachtet benutzte, ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Resultat der diplomatischen Aktion des Fürsten Bülow kann danach folgendermaßen zusammengefaßt werden: Diskreditierung des deutschen Reichskanzlers innerhalb und außerhalb Deutschlands — Anerkennung der internationalen Sozialdemokratie als eines Hauptfaktors der internationalen Politik — Steigerung des Selbstgefühls der deutschen Sozialdemokratie — Herabdrückung der Regierungspolitik des mächtigen Deutschen Reiches auf den kleinlichsten Polizeistandpunkt.“

### Deutsches Reich.

#### Russenausweisungen.

Es wird uns mitgeteilt, daß in den Vororten Berlins, im besonderen im Rieder-Barnimer Kreis in den letzten Tagen zahlreichen russischen Staatsangehörigen der Ausweisungsbefehl aus dem preussischen Staatsgebiet zugestellt worden ist. Die Betroffenen sollen binnen 8 Tagen nach Empfang der Verfügung das gasliche Preußen verlassen. Im Falle der Nichtbefolgung des Befehls werden sie mit Geldstrafen von 60 M. oder Haftstrafe von einer Woche sowie mit Zwangsarbeitstransport — also offenbar an die russische Grenze — bedroht. Von dem Ausweisungsbefehl sind Arbeiter betroffen, die in keiner Weise sich bewußt sind, sich „lässig“ gemacht zu haben, die insbesondere nicht im Verdacht irgend welcher politischen Tätigkeit stehen können. Ohne jede Angabe eines Grundes erfolgt die Ausweisung. Nicht nur die russischen Staatsangehörigen selbst werden dadurch in ihrer Existenz schwer beeinträchtigt, sondern zugleich erfahren auch einheimische Arbeitgeber durch die plötzliche Ausweisung bedeutende materielle Schädigung.

Was geht da vor? Aus welchem Grunde unternimmt die Verwaltungsbehörde derartige schroffe und unverständliche Maßregeln? Sind neue Liebesdienste an den zusammenbrechenden Zarismus im Werke? —

#### Die Wahl in Oberbarnim.

Das vollständige Resultat der am Donnerstag stattgefundenen Wahl liegt noch nicht vor. Wie wir gestern bereits mitteilen konnten, ist die Wahlbeteiligung erheblich weniger stark gewesen, als bei der Hauptwahl 1903. Die beiden im Wahlkreise stärksten Parteien, die Konservativen, deren Mandat für ungültig erklärt worden ist, und die Sozialdemokratie, haben einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Der konservative Kandidat ist nach den bisher vorliegenden Mitteilungen von 6829 auf 6067 Stimmen zurückgegangen, der sozialdemokratische Kandidat von 7202 auf 6214. Die aus einigen Ortschaften noch ausbleibenden Teilergebnisse dürften die sozialdemokratische Stimmenziffer kaum erheblich erhöhen. Wir müssen also mit der Tatsache rechnen, daß wir nicht viel weniger als ein ganzes tausend Stimmen bei dieser Wahl weniger erzielt haben, als bei der Hauptwahl 1903. Verichte aus dem Wahlkreise werden über die lokalen Ursachen dieses Stimmenrückganges Auskunft geben.

Einen Stimmenzuwachs hat nur die freisinnige Volkspartei, die sich von 2904 Stimmen im Jahre 1903 auf 3511 Stimmen gehoben hat. Es ist dabei zu beachten, daß der Wahlkreis von 1890 bis 1893 freisinniger Besitz war und daß der Freisinn 1898 noch 4880 Stimmen aufwies.

Die Entscheidung über das Mandat bei der Stichwahl liegt also wiederum wie bei den letzten Wahlen in den Händen der freisinnigen Volkspartei. Die konservativen Wähler glauben bereits ihre Ueberzeugung auszusprechen zu dürfen, daß die Wähler der freisinnigen Volkspartei in überwiegendem Maße für den konservativen Professor Faust eintreten werden. 1903 siegte der konservative in der Stichwahl mit 9450 Stimmen über unseren Parteigenossen Dr. Bruns, welcher 6357 Stimmen erhielt.

Es versteht sich, daß unsere Parteigenossen im Wahlkreise noch einmal mit aller Energie den Stichwahlkampf aufnehmen und die Wahlschlacht bis zum Ende tapfer und ehrenvoll durchführen. —

#### Frecher Hohn der Volksunterdrücker.

Zu der Lübeder Wahlrechtsdraubvorlage, die namentlich nach der ihr durch die Kommission verliehenen Gestalt, das Hamburger Wahlrechtsdraubentent durch zynische Entschaltung der Volksmasse noch weit in den Schatten stellt — ohne jedes Wahlrecht sollen alle Bürger bleiben, die jährlich weniger als 1200 M. verdienen, während die Wähler mit 1200—2500 M. versteuertem Jahreseinkommen 30, die Wähler mit mehr als 2500 M. Einkommen aber 90 Vertreter wählen sollen, wozu sie noch obendrein in der Masse der niedriger besteuerten Wähler mitwählen dürfen! — zu dieser Ausgeburt schändester Volksmißhandlung bemerkt die „Kreuzzeitung“:

„Es ist selbstverständlich, daß über diese Vorschläge bei allen sozialdemokratischen Beurteilern lebhafteste Entrüstung laut wird. Aber auch freisinnige Blätter schreien Mord. Man wüßte der Kommission Sozialistenfurcht vor, während doch ihr Beschluß ein klarer Beweis für ihren Mut ist. Ein trischer Witzbold vertritt freilich in mehreren Komödien den Satz, daß aller Mut im Grunde nur Feigheit sei, und auf der Bühne hört sich das auch ganz nett an. Aber nach dem bisherigen Sprachgebrauch konnte man noch nicht sagen, daß Japan aus Furcht vor dem großen Rußland Krieg angefangen habe. So wird man auch den Lübeder Kaufleuten das entschlossene Verteidigen ihrer Vaterstadt gegen die an Zahl weit überlegenen revolutionären und kommunistischen nicht als Furcht auslegen können. Ob freilich die Mutigen in der Bürgerchaft eine Mehrheit finden und den Auswahlantrag annehmen, muß abgewartet werden. Der Senat soll dem Antrag geneigt sein.“

In der Tat, das Vorgehen der Lübeder Wahlrechtsdrauber und das ihnen gezollte Lob der „Kreuz-Ztg.“ ist keine Feigheit, es ist sogar mehr als Mut, es ist die freche Herausforderung und Verhöhnung der Volksmasse. Aber Geduld, die Quittung auch für diese blutige Schmach wird nicht ausbleiben! —

#### Der Bund der Landwirte und die Deutsche Mittelstandsvereinigung.

Der ehemalige Geschäftsführer der „Mittelstandsvereinigung“, Schneidermeister Voigt, ist aus dieser Vereinigung ausgeschieden und hat jetzt die Geschäftsführung des „Deutschen Handwerker-Bundes“ übernommen. In dieses Ausscheiden Voigts knüpfte sich in letzter Zeit eine heftige Fehde zwischen ihm und dem 1. Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung,

Fischlermeister Rabardt, Berlin. Die Behauptung Voigts, daß er deswegen aus der Mittelstandsvereinigung ausgeschieden sei, weil diese zu sehr vom „Bund der Landwirte“ abhängig wäre, hatte Rabardt als „geradezu gewissenlos“ bezeichnet und nur zugegeben, daß zwischen Vertretern des Bundes der Landwirte und der Mittelstandsvereinigung „unverbindliche Besprechungen“ stattgefunden hätten. Demgegenüber erklärt jetzt Voigt in einem Zirkular: „An meine Freunde in der Handwerkerbewegung“ es seinerseits geradezu für gewissenlos, wenn Rabardt immer noch behaupten wolle, die Deutsche Mittelstandsvereinigung sei unparteiisch und unabhängig, da, wie es in dem Zirkular heißt, das Ergebnis dieser angeblich „unverbindlichen“ Besprechungen wie folgt festgelegt sei:

Die „Deutsche Mittelstandsvereinigung“ unterstützt bei den nächsten Reichstagswahlen die vom Bunde der Landwirte aufgestellten Kandidaten in den Wahlkreisen: Preussisch-Angermünde, Pommern, Grimmen-Greifswald, Cels-Wartenburg, Jerichow I und II, Wittenberg-Schöneberg, Schwerin-Wismar, Parchim-Ludwigslust, Mecklenburg-Strelitz, Altenburg, Rudolstadt, Sondershausen, Neuh, Kassel-Weisungen, Warburg-Franzenberg, Kaiserslautern, Balingen-Rottweil, Gießen, Waldeck, Detmold, Westfalen und Kreuznach-Simmern. Ueber Mühlhausen-Langenau-Weichen-see schwebten noch Verhandlungen, da der „Bund der Landwirte“ hier die Unterstützung der „Deutschen Mittelstandsvereinigung“ verlangte, während Rabardt das Umgekehrte wünschte. Rabardt scheint in seinem Heimatwahlkreise selbst kandidieren zu wollen, da seine Wahl in Kalbe-Nehersleben-Quedlinburg durch verschiedene Umstände ausfallslos werden dürfte. Alles das nennt Rabardt „unverbindlich“ oder glaubt er, daß man in einer kurzen „unverbindlichen“ Besprechung derartige Festsetzungen treffen kann, oder will er dieses vielleicht überhaupt bestreiten? Nach seinem bisherigen Verhalten sehe ich mich leider genötigt, es anzunehmen. Weiter ist aber noch vereinbart:

Die „Deutsche Mittelstandsvereinigung“ stellt mit Unterstützung des „B. d. L.“ Kandidaten auf in den Wahlkreisen: Potsdam, Brandenburg, Frankfurt-Debus, Sorau, Rottbus, Grünberg, Sagan, Löwenberg, Wignitz, Landsküt, Hirschberg, Görlitz, Wandersleben, Kalbe-Nehersleben, Halberstadt, Bitterfeld-Delitzsch, Raumburg-Weihensfeld-Teich, Nordhausen, Eisenach, Weimar, Jena, Weimingen I und II, Sora, Dessau-Jerich, Verdenburg-Ballenstedt, Binneberg, Herford, Gelsenkirchen, Bielefeld, Hannover, Osnabrück, Heine, Lüneburg, Bennep-Neitman, Braunschweig und Hannover-Greifswalden.

Die übrigen Wahlkreise sind von den Herren noch nicht verteilt. Was soll man dazu sagen, wenn zwei Leute aus dem Vorstand der „Mittelstandsvereinigung“ in dieser Weise auf der Karte unseres Deutschen Reiches über Wahlkreise verfügen, denen keine oder gänzlich unzureichende Organisationen zur Seite stehen und denen obendrein die nötigen Mittel dazu fehlen!

Ferner wird wieder einmal das Märchen wiederholt, daß ich im Dienste der antisemitischen Partei stehe. Daß das nicht der Fall ist, habe ich bereits meinen Freunden mitgeteilt und ich erkläre auch jetzt nochmals diese Behauptung für eine Unwahrheit. Ich beziehe von dieser Partei weder Gelder noch Instruktionen.

Die Behauptung Rabardts, daß ich für die antisemitische Partei Handwerker „einfangen“ will, wird draußen im Lande also wenig zehren, weil unsere sämtlichen Freunde darüber aufgeklärt sind, daß sie aus der Luft gegriffen ist. Dagegen wird Rabardt nicht bestreiten können, daß er auf Kosten des „Bundes der Landwirte“ nach Hameln gefahren ist, um die Vertrauensmänner der Handwerker für den „Bund der Landwirte“ „einzufangen“.

#### Die Vergrößerung des Linienflotten.

Das Rautius-Jahrbuch ist ebenfalls der Ansicht, daß nach den „Lehren in Dittles“ nur „durch das schwere panzerbrechende Geschütz des großen stark armierten und gut geschützten Linienkriegsschiffes“ die Entscheidung im Seezuge herbeigeführt werden könne. Zu dieser Ansicht bemerkt das „Militär-Wochenblatt“:

„Auf Grund der Kriegserfahrungen im fernem Osten und der heimischen Gedankenarbeit scheint man zu dem Entschluß gekommen zu sein, unferen Linienkriegsschiffe, die im Laufe der Zeit von der Sachsenflotte (1877 bis 1890) mit 7370 Tonnen Displacement sich bis zu 13200 Tonnen entwickelt hatten, ein noch größeres Displacement zu geben. Dem Vernehmen nach wird man sich zu 16000 Tonnen entschließen.“

Trifft die Annahme des „Militär-Wochenblattes“ zu, so haben wir also mit der Tatsache zu rechnen, daß uns jedes noch auf Grund der Flottenvorlage zu bauende Linienkriegsschiff künftig eine erschreckliche Anzahl von Millionen mehr kosten wird — ganz abgesehen von den Bewilligungen jener Flottengehege, die uns noch vor Ablauf des alten Flottengesetzes todsicher sind. —

#### Das Altonaer Kriegsgerichts-Urteil vor dem Forum der Öffentlichkeit.

Wie tief das Rechtsempfinden weiter Volkskreise erschüttert wird durch die Rechtsprechung der Militärjustiz, beweist der kolossale Zuspruch der am Donnerstag in Altona stattgehabten Protestversammlung. Schon lange vor der festgesetzten Zeit waren die „Blumenstraße“ bis auf den letzten Platz besetzt und als die Versammlung eröffnet wurde, standen über 1000 Personen, vergeblich Einlass begehrend, auf der Straße. Das drakonische Urteil gegen die unglücklichen Landwehrleute Strauer und Krogmann hat es auch dem sonst so indolenten Altonaer Bürgerium angetan, das zahlreich in der Versammlung vertreten war. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Frohne, wies eingangs seiner wichtigen, den Geist der Militär-Strafrechtspflege brandmarkenden Rede darauf hin, daß auch aus bürgerlichen Kreisen die Aufforderung an ihn ergangen sei, das Kriegsgerichts-Urteil mit gebührender kritischer Schärfe öffentlich zu beleuchten. Das tiefverletzte Rechtsempfinden aller Elemente, die mit der Volksseele verbunden seien und deren Schwingungen verstanden, erfordere eine klare, unzweideutige Stellungnahme zu den in letzter Zeit gegen Bürger im Waffenrock gefällten Urteilen. Redner schilderte die bei der Reform der Militär-gesetze unternommenen Versuche auf Humanisierung derselben, besahe sich mit dem Vampir Disziplin, dem zuliebe Menschenopfer unerhört dargebracht wurden, und wandte sich dann der Kritik des zusammen auf 13 Jahre und 15 Wochen Gefängnis lautenden Urteils zu. Treffend hob er hervor, daß die sogenannten schweren Verstöße gegen die Disziplin nicht vorgekommen wären, wenn man von dem Transport der betrunkenen Leute von Harburg nach Altona abgesehen und sie erst zwecks Ernüchterung an einen dunklen Ort gebracht hätte. Die beiden Landwehrmänner seien von dem Bahn befahren gewesen, sie unterstanden nicht mehr den Militärgerichten, von einer beuhten Auslieferung gegen die Subordination könne keine Rede sein. Man glaubte aber ein Exempel statuieren zu sollen, man bekannte sich wohl im Hinblick auf die „Potemkin“-Affäre im Schwarzen Meer, als Anhänger der Abschreckungstheorie. Diese Theorie werde allerdings nur gegen „Gemeine“ angewandt bei Verstößen gegen die Disziplin, während die Soldatenshinder, welche doch die schlimmsten Insubordinationen begingen, gegen die Intentionen und Befehle des Kaisers handelten, mit äußerster gelinden Strafen davonkamen. Das Gewissen der deutschen Nation und das Gerechtigkeitsgefühl fordern eine Umgestaltung des Militär-Strafgesetzbuches in humanitärem Sinne. Die vielen Prühl- und Protestrufe aus der Mitte der Versammlung legen

Zeugnis davon ab, wie das Volk über gewisse Leistungen der Militärjustiz denkt.

Nach kurzer Debatte gelangte einstimmig nachstehende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt:

Das vom Altonaer Kriegsgericht gegen die Landwehrlente Strouer und Krogmann gefällte drakonische Strafurteil verletzt unser Rechtsempfinden aufs tiefste. Im Namen der Menschlichkeit erheben wir gegen das Urteil Protest. Wir sehen in demselben einen neuen und äußerst schwerwiegenden Beweis für die Notwendigkeit einer gründlichen Reform des militärischen Strafrechts in volstem Umfange. Nachdrücklich befennen wir uns zu der Forderung:

1. der Einschränkung der militärischen Sondergerichtsbarkeit auf alle im militärischen Dienst begangenen Vergehen und Verbrechen;

2. der gründlichen Reform des Militär-Strafgesetzbuches im Geiste der Humanität und entsprechend den Grundrissen des bürgerlichen Strafrechts.

Die Versammlung spricht aus, daß es die unabwendbare Pflicht der Gesetzgebung ist, diesen Forderungen zu entsprechen.“

Mitgeteilt wurde noch zum allgemeinen Entsetzen, daß seitens des Gerichtsherrn der 18. Division wegen der „Wilde“ des Urteils Berufung eingelegt worden ist. Die bedauerwerte Frau des zu sechs Jahren und zwei Wochen Gefängnis verurteilten Krogmann befand sich in der Versammlung und wurde einige Male ohnmächtig.

Zugunsten der Angehörigen der beiden verurteilten Landwehrlente wurde eine Leserversammlung veranstaltet, die einen nennenswerten Beitrag ergab.

#### Die Hamburger Lehrer und die Wahlrechtsvorlage.

Doch trotz des Ausganges der jüngsten Versammlung und des Scheinsieges der reaktionären Richtung der Hamburger Lehrerschaft die fortschrittliche Richtung nicht die Flinte ins Korn wirft, geht aus einer Erklärung hervor, die der verantwortliche Redakteur der „Pädagog. Reform“ veröffentlicht. Die Erklärung schließt: „Als ich in der „Pädagog. Reform“ zur Wahlrechtsvorlage Stellung nahm und darüber schrieb: „Was sagen wir Volksschullehrer dazu?“ da glaubte ich nur auszusprechen, was der weitaus größte Teil der hamburgischen Volksschullehrer fühlte und dachte. Ich habe mich geirrt. Es war eine Illusion! Illusion? Wirklich? Vielleicht sehe ich zu schwarz. Wohl war es eine Versammlung, so stark, wie sie die „Gesellschaft“ nicht oft sieht. Aber da die 600 Protestler dank dem garten Wink des Herrn Harbeck bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung den Saal besetzt hielten und Hunderte von Mitgliedern gezwungen waren, an der Tür wieder umzukehren, so ist es vielleicht doch übereilt, nach dieser Versammlung die hamburgische Lehrerschaft zu beurteilen. Wir wollen abwarten, was die übrigen 1500 sagen. Gelegenheit dazu wird ja die Wahl des neuen Vorstandes bieten. Dann muß es sich entscheiden, ob die Gesellschaft im Jahre ihres Jubiläums den Geist, der sie im letzten Jahrzehnt befeuert hat, verleugnen will; ob die Klassenvereiner stark genug sind, die feste Betätigung einer freien Gesinnung in ihr — nicht zu unterdrücken, denn das wird ihnen nicht gelingen — aber zu hemmen. Die Antwort auf diese Versammlung kann nur sein, daß der alte Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung widergewählt wird. In seiner jetzigen Zusammensetzung sage ich ausdrücklich, denn das wäre die eine Bedingung, die der Vorstand meiner Meinung nach stellen müßte und auch wohl stellen wird, wenn er das einmütige Zusammenhalten, das ihn in der ganzen Affäre ausgezeichnet hat, auch fernerhin bewahrt. Die zweite Bedingung wäre meines Erachtens, daß er mit so erdrückender Stimmenzahl zurückgerufen wird, daß er sich unter allen Umständen sicher weiß, die Mehrheit des Vereins zu repräsentieren. Nach diesen Vorgängen ist es Pflicht jedes Vereinsmitgliedes, seine Stimme abzugeben. Für oder gegen! Aber eine reinliche Scheidung!“

#### Das Geduldspiel um die württembergische Verfassungsrevision.

Stuttgart, 13. Juli. (Fig. Ver.)

Aus dem Plenum des Landtages ist der Kuhhandel um die Verfassungsrevision nun in die Kommission verlegt. Die seit Montag mit Hochdruck arbeitete. Fürsorglich hat die Mehrheit der Kommission auf den Antrag des Vorkomitees die Beschleunigung der Deszendenz der Beratungen beschränkt durch das Verbot ausführlicher Berichterstattung in der Presse; es werden nur gedrängte offizielle Berichte über die gefassten Beschlüsse abgegeben. Der Scheiternsfall entspricht die Scheiternsberatung. Im Grunde ist sich jedermann darüber klar, daß wesentliche Änderungen an der Regierungsvorlage durch die Kommissionsmehrheit nicht beabsichtigt sind und die Vorlage die Kommission bis auf einen schon vorher von der Regierung konzedierten Punkt in der gleichen Gestalt verlassen wird, in der sie an die Kommission gelangte. Der Punkt betrifft den Ertrag der ausstehenden „Privilegierten“ in der zweiten Kammer. Die Kommission beschloß, einem Antrage Hausmann-Ballings zuzustimmen, demzufolge dem Landtage außer den in der Vorlage vorgesehenen 75 Abgeordneten der Einzelwahlkreise auch noch 17 durch Verhältniswahl in den vier Regierungsbezirken zu wählende Abgeordnete angehören sollen. Im übrigen werden alle auf weitergehende Änderungen abzielende Anträge von wechselnden Parteigruppierungen abgelehnt. Abgelehnt wurde der Antrag Keils, wonach die zweite Kammer aus 93 Abgeordneten bestehen soll, die sämtlich durch Verhältniswahl in den vier Regierungsbezirken des Landes gewählt werden sollen; ebensowenig fand der Antrag Keils Gnade, der für Stuttgart acht Mandate forderte, statt der im Regierungsentwurf zugelassenen sechs. Dem Schicksal der Ablehnung verfiel aber auch ein Antrag Gröber, der eine berufständische Vertretung auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts (I) verlangte, und zwar von elf Vertretern der Landwirtschaft, 11 Vertretern von Handel und Gewerbe und drei Vertretern des öffentlichen Dienstes; die Arbeiter, meinte Herr Gröber, bedürfen dieses Vorrechtes nicht, da das Gewicht ihrer Zahl ihnen die berufständische Vertretung in den „gewöhnlichen“ allgemeinen Wahlen sichert. Ueber den Homburg einer berufständischen Vertretung aus allgemeinen gleichen Wahlen hat man in der Kommission wohl stark die Köpfe geschüttelt!

Abgesehen sind die Ausichten, die Vorlage noch vor den Sommerferien auch im Plenum des Landtags durchzubringen, in den letzten Tagen ziemlich geschwunden. Man spricht davon, daß die Plenarberatung auf den September hinausgeschoben werden soll. — Die Nachricht, daß der König beim der Ministerpräsident die ritterchaftlichen Abgeordneten zu bearbeiten versucht habe, wird vom „Staats-Anzeiger“ dementiert. —

#### Huoland.

##### Die Industrial Union

ist gegründet worden. Wie vor einiger Zeit berichtet, ist in amerikanischen Gewerkschaftskreisen eine neue Bewegung im Gange, welche sich gegen die größte und mächtigste gewerkschaftliche Organisation, gegen die American Federation of Labor richtet. Es handelt sich bei der neuen Gründung darum, eine große Union von Gewerkschaften zu bilden, nach Industrierändern geordnet die prinzipiell für den

Sozialismus eintreten. In weiten Kreisen der Partei, besonders in deutschamerikanischen, sieht man dieser Bewegung ablehnend gegenüber, weil das ganze Beginnen vorläufig noch aussichtslos erscheint und die Feindschaft der großen Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erwecken muß, und weil die Bewegung die vorhandenen kräftigen Organisationen schädigt und durch die beabsichtigte Spaltung schwächt.

Die Konvention, die am 27. Juni in Chicago zusammentrat, war nicht sehr stark besucht. Laut Bericht eines Prüfungskomitees waren vertreten: 70 Delegaten im Auftrage von Verbänden, die insgesamt 51 430 Mitglieder zählen, 72 Delegaten, die ohne ausdrückliche Ermächtigung ihrer resp. Verbände erschienen, 21 Personen, die als bekannte Persönlichkeiten in der Arbeiterbewegung selbständig sich an der Konvention beteiligten. Die Socialist Trade and Labor Alliance war mit 14 Delegaten vertreten. Das ist der Rest der Gründung De Leons, die in ähnlicher Weise wie die jetzige Industrial Union ein umfassender sozialistischer Gewerkschaftsverband werden sollte, aber nicht lebensfähig war. De Leon selbst war auf der Konvention vertreten, ebenso Eugen Debs, der eine feurige Rede hielt und erklärte, daß die alte Gewerkschaftsbewegung unter Kontrolle der Kapitalisten stehe. Alle großen Streiks der letzten Jahre seien dadurch verloren gegangen. Eine Organisation sei notwendig, in der die Arbeiter jeder Industrie vertreten seien, und eine Union auf ökonomischem und politischem Gebiete werde die Folge sein. Man müsse es als die höchste Aufgabe ansehen, eine große, revolutionäre, ökonomische Klasse zu bilden; in diesem Sinne wirke die neue Organisation; hier sei ein gesunder Anfang gemacht.

Eine Reihe von Resolutionen gelangte zur Annahme, unter anderem die Hochhaltung des 1. Mai als Ruhetag und als internationalen Feiertag und eine Sympathieumgebung für die russische Revolutionäre. In einer Resolution wird empfohlen, daß die neue Union sich mit dem „Arbeiterhauptquartier“ in Berlin in Verbindung setzen solle. — Eine Massenversammlung wurde veranstaltet, in welcher die neue Gründung erklärt und propagiert wurde; daneben bildete die russische Revolution ein Hauptthema der Erörterung.

Samuel Gompers, der Präsident der American Federation of Labor, greift in seiner Zeitung „The Federalist“ die neue Bewegung heftig an und erklärt, die Männer, die sich an der Spitze der Bewegung befänden und die A. F. of L. zu untergraben suchten, seien Hochverräter gleich zu achten. —

#### Frankreich.

##### Nachklänge zur Amnestievorlage.

Die meisten Blätter bedauern, daß die Amnestievorlage verjagt werden mußte, und machen hauptsächlich die leidenschaftlichen Ausfälle Lafiges dafür verantwortlich. Einzelne nationalistische Organe suchen Lafiges zu entschuldigen, der, wenn er auch in der Form heftig und ungehört gewesen sei, doch in der Sache recht gehabt habe. Die Anhänger Droulades sagen, daß sie Lafiges und dessen Partei rückwärts belämpfen werden. Lafiges sei ein Wortbrüchiger, denn er habe versprochen, sich auf eine kurze Erklärung zu beschränken und die Annahme der Vorlage nicht zu gefährden. — Die royalistischen Verbannten Buffet und Graf zur Saluces richteten aus Verweis an den Präsidenten der Republik Depeschen, in denen sie ihn in maßlos heftiger Weise angreifen und die Vergnadigung als eine Demütigung und eine Niedertracht bezeichnen. —

Das Vergnadigungsbefehl, das im Amtsblatt veröffentlicht wird, betrifft nur Droulades, Guérard, Buffet und Graf zur Saluces. Weiter wird jedoch mitgeteilt, daß der Justizminister bei den Gerichtsbehörden Ermahnungen wegen weiterer Vergnadigungen eingeleitet habe und daß anfangs nächster Woche ein zweites Dekret veröffentlicht werden soll betreffend die Vergnadigung wegen Prehensens, Streikverboten usw. Was die Disziplinarstrafen wegen der Demonstrationen in der Armee anbetrifft, so ist ein Vergnadigungsbefehl mit Schwierigkeiten verknüpft, da kein Präzedenz vorliegt. Man glaubt jedoch, daß trotzdem eine Anzahl Offiziere begnadigt werden. —

#### Der Krieg in Ostasien.

##### Bitte als Friedensunterhändler.

Petersburg, 14. Juli. Der „Regierungsbote“ bestätigt die Ernennung des Präsidenten des Ministerkomitees Witte zum Bevollmächtigten für die Friedenskonferenz in Washington.

##### Kämpfe auf Sachalin.

Petersburg, 14. Juli. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Rinewitsch telegraphiert unter dem 13. Juli: Nach einem vom 12. Juli datierten Bericht von General Liapunow hatte eine unserer Abteilungen in der Nacht vom 10. zum 11. Juli einen Bajonettkampf mit beträchtlichen feindlichen Streitkräften zwischen Delang und Wladimirowa auf Sachalin.

##### Ein französischer Militär-Attaché wegen Spionage bestraft.

Der ehemalige Militär-Attaché bei der französischen Gesandtschaft in Tokio, Hauptmann Vouguin, wurde von dem japanischen Gerichtshof in Tokio zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm war zur Last gelegt, militärische Geheimnisse und Dokumente an das Ausland übermitteln, beziehentlich veröffentlicht zu haben. Im Monat November vorigen Jahres hatte Vouguin an einen Franzosen namens Kehler, wohnhaft in Shanghai, Informationen über die Einschiffung japanischer Truppen mittels kifizierten Telegramms gefandt. Kehler übermittelte diese Mitteilungen an ein Pariser Blatt. Später schrieb Vouguin wichtige Informationen über japanische Truppenbewegungen in Korea und in der Mandchurei, sowie später auch Nachrichten über die Zusammensetzung der einzelnen Truppenteile, welche die Belagerung von Port Arthur ausübten, wie überhaupt allerhand Informationen auch über die Marine, soweit er solche in Erfahrung bringen konnte, an einen Offizier in Paris. Dasi, der Sekretär des Vouguin, der von diesem nach Nagoya gefandt worden war, um sich über die Truppenbewegungen zu orientieren und ihm Mitteilung zu machen, legte ein Geständnis ab, und so erfolgte auch die Verhaftung und Verurteilung Vouguins.

##### Ein gerichtliches Nachspiel zum Kuhstrat-Projekt.

Wüdeburg, 14. Juli.

(Vierter Verhandlungstag.)

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Wipperrmann, eröffnet wiederum gegen 8 Uhr die Verhandlung.

##### Bersuch der Beeinflussung der Geschworenen durch die Presse.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Ehe wir in die Verhandlung eintreten, muß ich bitten, eine Erklärung abgeben zu dürfen. Ebenso, wie bei den diesbezüglichen Prozessen in Oldenburg ist auch hier in Wüdeburg der Versuch gemacht worden, das ruhige Zusammenarbeiten der Projektbeteiligten in dieser Verhandlung zu stören. Die „Schaumburg-Lippische Landeszeitung“, ein in dieser Gegend sehr verbreitetes Blatt, das wohl auch von den Herren Geschworenen gelesen wird, bringt in ihrer gestrigen Nummer Angriffe auf die Verteidiger und sucht die Geschworenen in völlig unzulässiger Weise zugunsten des Angeklagten zu beeinflussen. Ich überweise den Artikel dem Herrn Vorsitzenden und richte an

ihn nämlich der gesamten Verteidigung die Bitte, die Herren Geschworenen zu warnen, sich durch irgend welche Prehartikel beeinflussen zu lassen. — Vors.: Ich habe den Artikel auch gelesen und ihn bedauert. Ich bemerke den Herren Geschworenen, daß das, was in den Zeitungen über den Prozeß geschrieben wird, selbstverständlich nicht angeht. Sie, meine Herren Geschworenen, haben nur auf Grund der Vorgänge im Gerichtssaal Ihren Wahrspruch abzugeben. Von allen äußeren Einflüssen müssen Sie sich vollständig fernhalten. — Staatsanwalt Dr. Becker: Ich will bei dieser Gelegenheit erklären, daß die Staatsanwaltschaft den Oldenburger Prehartikeln vollständig fern steht. — Verteidiger Dr. Sprenger: Davon sind die Verteidiger von vornherein überzeugt.

Es erfolgt darauf Zeugnisauftrag. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger beantragt, die Geschworenen außer den protokollierten Aussagen des Angeklagten noch alle anderen Stellen im gerichtlichen Protokoll, soweit sie sich auf die Vernehmung des Angeklagten beziehen, vorzulegen.

Nach längerer Beratung gibt der Gerichtshof diesem Antrag statt.

##### Zeugnisdzeugnis.

Es wird danach Gastwirt Mans als Zeuge vernommen. Der Angeklagte hat vor etwa 3 Jahren neun Monate bei ihm konditioniert. Er sei in jeder Richtung mit ihm zufrieden gewesen. Der Angeklagte sei ein sehr tüchtiger Stellener und habe einen sehr guten Charakter. Er sei sehr ordentlich, fleißig, zuvorkommend und ehelich. — Vors.: Weßhalb ist der Angeklagte von Ihnen weggegangen? — Zeuge: Er wollte sich verbessern. Ich habe ihn mehrmals in Bremen besucht und ihm gesagt, er könne jederzeit wieder bei mir eintreten. — Vors.: Halten Sie den Angeklagten für wahrheitsliebend? — Zeuge: Jawohl.

##### Das Plakat der „Lustigen Sieben“.

Der folgende Zeuge ist Landwirt Bunis. Er sei in den Jahren 1900 und 1901 im Oldenburger Zivill Kasino Kellnerlehrling gewesen. Den Minister Kuhstrat habe er oftmals Karten spielen sehen. Er habe auch öfters gesehen, daß der Angeklagte ein Plakat auf dem die „Lustige Sieben“ ausgezeichnet war, in die Rische hin eingetragen habe. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Weßhalb in der Rische? — Zeuge: Das weiß ich nicht.

Kellner Theodor Bogt: Er sei von Januar bis Mai 1900 im Oldenburger Zivill Kasino Kellner gewesen. Minister Kuhstrat, Regierungsrat Dr. Becker, Buchhändler Schmidt und Dr. Schleppegrell habe er öfters Karten spielen sehen. Was es für ein Kartenspiel war, wisse er nicht. An den Abenden der Examenkneipen sei von den jüngeren Herren „Lustige Sieben“ gespielt worden. — Vors.: Sie haben vor dem Amtsgericht Hannover gesagt, der Angeklagte Meyer habe das „Lustige Sieben-Plakat“ in die Rische getragen, in der Minister Kuhstrat, Regierungsrat Becker, Buchhändler Schmidt, Dr. Schleppegrell usw. saßen. — Zeuge: In diesen Abenden saßen aber die Herren nicht in der Rische. — Vors.: Sie meinen also, Meyer habe das Plakat in die Rische getragen, in der Minister Kuhstrat, Becker, Schmidt usw. zu sitzen pflegten? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Sie haben auch Ihre Aussage bei Ihrer Vernehmung bei dem Untersuchungsrichter in Oldenburg im heutigen Sinne geändert? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Ist der Vorsitzende des Deutschen Kellnerbundes, Kellner Hansen, einmal bei Ihnen gewesen, um über diese Angelegenheit mit Ihnen zu sprechen? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Bei Ihrer Vernehmung bei dem Amtsgericht Hannover sind Sie wohl mißverstanden worden? — Zeuge: Jawohl. Auf Befragen bekundet der Zeuge noch, er habe an solchen Spielabenden bis 60 M. verdient, er sei auch angepumpt worden, habe aber stets sein Geld wieder erhalten.

Kellner H em p e: Er sei in den Jahren 1900 und 1901 Kellner im Oldenburger Kasino gewesen. Er habe Minister Kuhstrat usw. nur Karten spielen sehen. Die jüngeren Herren spielten nach den Examenkneipen „Lustige Sieben“. — Vors.: Sie sollen gesagt haben: Sie haben Angst, wenn Sie in dieser Angelegenheit als Zeuge vernommen werden; es könnte Ihnen was passieren. — Zeuge: Ich habe nur gesagt: Es ist mir unangenehm, daß ich als Zeuge vernommen werde. — Vors.: Weßhalb war es Ihnen unangenehm? — Zeuge: Weil ich noch niemals vor Gericht war.

##### Minister Kuhstrat in der Rische der „Lustigen Sieben“.

Ein weiterer Zeuge ist der Kellner H erz m a n n. Er sei vom November 1900 bis April 1901 im Oldenburger Kasino gewesen. Es sei in den Rischen viel und hoch gespielt worden. Wenn eine Rische überfüllt war, so sei eine zweite hinzugenommen worden. — Vors.: Gehörte Minister Kuhstrat zu dieser Spielgesellschaft? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Er sah aber in der Rische. — Vors.: Wie oft sah der Minister an den Abenden, an denen „Lustige Sieben“ gespielt wurde, in der Rische? — Zeuge: Mehrere Male. — Vors.: Wissen Sie das genau? — Zeuge: Ich kenne Minister Kuhstrat sehr genau. — Vors.: Haben Sie gesehen, daß Minister Kuhstrat sich an dem Spiel beteiligte? — Zeuge: Direkt habe ich das nicht gesehen. — Vors.: Indirekt können Sie nicht sehen. — Zeuge: Ich habe dies nur angenommen, weil der Minister mit den Seft bezahlt und außerdem viel Geld und Silbergeld in der Hand hatte. — Vors.: Wer waren die anderen Herren? — Zeuge: Buchhändler Schmidt u. a. — Staatsanwalt Becker: Wodurch wissen Sie, daß „Lustige Sieben“ gespielt wurde? — Zeuge: Weil ich den Würfelbecher mit den Würfeln und das Siebenspiel-Plakat gesehen habe. Auf weiteres Befragen bemerkt der Zeuge, der Minister habe ihn einige Male hinausgeworfen, wenn er in die Rische kam. — Vors.: Hat der Minister in der Rische gestanden oder gesessen? — Zeuge: Er hat gestanden. — Vors.: Sie haben früher gesagt: Der Minister habe Ihnen wohl eine Flasche Seft bezahlt, aber kein Geld in der Hand gehabt. — Zeuge: Das ist mir erst später eingefallen. — Vors.: Bei Ihrer früheren Vernehmung waren Ihnen aber doch die Vorgänge noch mehr im Gedächtnis? — Zeuge: Ich habe mich erst später wieder darauf erinnert. — Vors.: Haben Sie in dieser Angelegenheit mit dem Kellner Hansen gesprochen? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Wissen Sie, was Sie Hansen erzählt haben? — Zeuge: Das, was ich hier erzählt habe. — Vors.: Sie haben Hansen ganz anderes erzählt. Ich ermahne Sie, die Wahrheit zu sagen; ich werde Ihnen nachher den Kellner Hansen gegenüber stellen. — Der Zeuge schweigt. — Vors.: Sie sollen zu Hansen gesagt haben: Minister Kuhstrat habe in der Rische gesessen, die Wanf gehalten und die „blauen Lappen“ seien nur so geflogen. — Zeuge: Von blauen Lappen habe ich jedenfalls nichts gesagt. — Vors.: Dies ist eine ganz laubläufige Bemerkung. Haben Sie gesagt: Der Minister habe die Wanf gehalten? — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt. — Staatsanwalt Dr. Becker: Ich beantrage im Anschluß hieran die Vernehmung des Ministers Kuhstrat. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Was haben Sie an solchen Spielabenden verdient? — Zeuge: 40—50 M. — Vors.: Wie lange wurde an solchen Abenden gespielt? — Zeuge: Oftmals bis zum frühen Morgen. — Vors.: Vielleicht so lange, bis die Schwerkrauen ins Lokal kamen? — Zeuge: Das ist auch vorgetommen. — Vors.: Ist es richtig, daß Sie sich fürchteten, in dieser Sache vernommen zu werden?

— Zeuge: Jawohl. — Vors.: Fürchteten Sie, wenn Sie hier die Wahrheit sagen, daß Sie das Schicksal des Angeklagten teilen könnten? — Zeuge: Ja. — Staatsanwalt Dr. Becker: In welcher Kleidung erschien der Minister? — Zeuge: Im Frack. — Staatsanwalt: Sie konnten von den anderen Herren den Buchhändler Schmidt? — Zeuge: Jawohl. — Staatsanwalt: Wie kam es, daß Sie sich gerade so genau an den Minister Kuhstrat erinnerten? — Zeuge: Weil es mir auffiel, daß er sich an dem Spiel „Lustige Sieben“ beteiligte. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Jonas: Waren die in der Spielrische sitzenden Offiziere in Uniform? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Zeuge D am p e, Sie haben gehört, was der Zeuge ausgesagt hat. Können Sie das bestätigen? — Zeuge: Nein. — Der Vorsitzende hält nochmals dem Zeugen H erz m a n n seine dem Kellner Hansen gemachten Erzählungen vor und ers

ahnt im eindringlichst, die Wahrheit zu sagen. Zeuge bemerkt wiederholt, daß er dies Hansen nicht erzählt habe. — Kellner Hansen: Bremen: Der bei ihm erschienenen Herzmann habe ihm, ohne daß er ihn gefragt habe, erzählt: Meyer habe unschuldig. Er habe selbst gesehen, daß Minister Ruffrat bei dem Spiel „Lustige Sieben“ mit dabei gewesen sei. Der Minister habe die Bank gehalten. Die blauen Lappen seien nur so geflogen. — Vorf.: Dabeil bleiben Sie? — Zeuge: Jawohl. — Vorf.: Nun, Herzmann, was sagen Sie dazu? Wollen Sie die Möglichkeit zu geben, daß Sie dies dem Hansen erzählt haben? — Herzmann: Die Möglichkeit will ich wohl zugeben. (Große Bewegung im Zuscherraum.) — Vorf.: Weshalb haben Sie das nicht vorher gesagt? Wissen Sie, in welcher Gefahr Sie gestanden? — Danken Sie Gott, daß Sie rechtzeitig die Möglichkeit eines Irrtums zugegeben haben! — Auf eingehendes Befragen des Verteidigers Dr. Sprenger gibt Zeuge Hansen schließlich zu: Er habe vielmehr, als er bei dem Untersuchungsrichter in Oldenburg vernommen wurde, unabsichtlich zugunsten des Angeklagten etwas übertrieben. — Vert.: Wir sehen uns genötigt, nachzuforschen, ob sich vielleicht Zeuge Hansen einer unabsichtlichen Uebertreibung zugunsten des Angeklagten schuldig gemacht hat, denn wir hatten die Empfindung, daß wir wieder vor der Erhebung einer neuen Reineidsklage standen. — Vorf.: Ich konnte nicht wissen, daß Zeuge Hansen seine bestimmte Aussage schließlich abschwächen würde. Hatte ich das geahnt, würde ich selbstverständlich die Bemerkung nicht getan haben: „Herzmann, Sie können Gott danken, daß Sie noch rechtzeitig die Möglichkeit eines Irrtums zugegeben haben!“ — Es tritt darauf eine kurze Pause ein.

#### Einschüchterung der Zeugen.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlung bemerkt Rechtsanwält Dr. Sprenger: Die Verteidigung ist weit davon entfernt, die Leitung der Verhandlung zu kritisieren. Ich erlaube mir aber im Namen der Verteidigung an den Herrn Vorsitzenden die Bitte zu richten, frühere Aussagen der Zeugen nur vorzuhalten, wenn sie zur Unterstützung des Gedächtnisses oder Aufklärung eines Widerspruchs notwendig sind. Ich halte es geradezu in dieser Verhandlung für bedenklich, den Zeugen ihre früheren Aussagen vorzuhalten, da wohl in keinem Prozeß Zeugen so eingeschüchtert worden sind, wie in diesem. Der Umstand, daß über dem Zeugen Herzmann das Damoklesschwert geschwebt hat, hat, wie wir uns in der Pause überzeugt haben, auf die Zeugen der Verteidigung wie ein kaltes Sturzbad gewirkt. Die Verteidigung macht sich anheischig, sämtlichen Belastungszeugen in ihren früheren Aussagen Widersprüche nachzuweisen. Es ist bekannt, daß in allen Zivil- und Kriminalprozessen Widersprüche in den Zeugenaussagen vorkommen. Das liegt in der Natur der Sache. Deshalb wird aber noch keineswegs Zeugen mit Verhaftung gedroht. — Vorf.: Ich habe bereits gesagt, weshalb ich dem Zeugen Herzmann bedenklich habe, er könne Gott danken, daß er noch rechtzeitig die Möglichkeit eines Irrtums zugegeben hat. Im übrigen habe ich es für erforderlich gehalten, den beiden letzten Zeugen ihre Widersprüche aus den Gerichtsprotokollen vorzuhalten.

#### Mit hohen Herren ist nicht gut Kirfchen essen.

Auf Befragen des Verteidigers bemerkt der Zeuge Hansen noch, Polizeikommissar Wöning, von dem er zunächst vernommen wurde, habe ihm gesagt, er müsse ihm bedeuten, daß er verpflichtet sei, ebenso die Wahrheit zu sagen, als wenn er vom Richter vernommen würde. Im weiteren Verlauf unserer Unterredung bemerkte der Polizeikommissar noch, er sei auch von der Anwaltschaft Meyers überzeugt. In hohen Gesellschaftskreisen passiert vieles, aber mit hohen Herren ist nicht gut Kirfchen essen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Sagte er auch, Meyer hätte bedenken sollen, daß mit hohen Herren nicht gut Kirfchen essen ist? — Zeuge: Jawohl.

#### Der Schuhmann im Zimmer des Untersuchungsrichters.

Der Zeuge Hansen befundet ferner auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Einige Zeit darauf sei er und zwei Kollegen von dem Untersuchungsrichter Meyer-Holzgräbe in Oldenburg vernommen worden. Sie seien von einem Schuhmann ins Verhörzimmer geführt und wieder herausbegleitet worden. Der Schuhmann habe sie auch in das Klosett begleitet. (Große Heiterkeit.) Bei dem Untersuchungsrichter sei ihnen während der ganzen Vernehmung kein Stuhl angeboten worden. Der Untersuchungsrichter habe gesagt: „Bedenken Sie, daß Sie Ihre Aussagen beschwören müssen, und Sie wissen, was darauf kommt.“ Landgerichtsrat Meyer-Holzgräbe, der danach vernommen wird, sagt: Er habe einen Schuhmann hinzugezogen, um eine Verständigung zwischen den Vernehmten und den noch zu Vernehmenden zu verhindern. Er habe allerdings zum Zeugen Hansen gesagt, wenn der Widerspruch nicht anders aufzuklären ist, dann werde ich von den gerichtlichen Mitteln der Verteidigung Gebrauch machen müssen, habe aber nicht gesagt: Sie wissen, was darauf kommt.

#### Der Widerruf des Angeklagten.

Es wird danach Protokollführer Stullen-Oldenburg als Zeuge vernommen. Dieser schildert in eingehender Weise die Vernehmung des Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter und dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herz, welcher den Angeklagten in seiner, des Zeugen, Anwesenheit vernommen hat. Der Angeklagte habe dabei die bekannten Beschwerden bezüglich seiner Behandlung durch den Kriminalkommissar Wöning zu Protokoll gegeben und sein bei diesem abgegebenes Geständnis widerrufen. Der Zeuge hatte die Empfindung, daß diese Erklärung des Angeklagten eine freiwillige war. — Staatsanwalt Dr. Weder: Landgerichtsrat Meyer-Holzgräbe tritt wohl keinem Angeklagten zu nahe? — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger protestiert gegen diese Frage. Mit demselben Recht könne man einen Referendar über die Geschäftsbefugnisse eines Landgerichtsdirektors befragen.

Nach längerer Vernehmung des Zeugen tritt eine Pause bis 3 1/2 Uhr ein.

#### Die Zustände im Oldenburger Zivill Kasino.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wird Hotelier Werner Hannover-Minden als Zeuge vernommen. Er sei längere Zeit Wirt des Oldenburger Zivillkasinos gewesen. Es sei viel und oft gespielt worden. Er wisse aber weder, wer gespielt hat noch was gespielt wurde. Er habe von den Kellnern gehört, daß auch gepokert und „Lustige Sieben“ gespielt wurde. Er habe sich nicht darum gekümmert und könne darum nicht sagen, ob und inwieweit Minister Ruffrat an dem Spiel teilgenommen habe. — Vorf.: Ist es möglich, daß die Herren bis zum frühen Morgen gespielt haben? — Zeuge: Immer nicht, aber es ist vorgekommen. — Vert.: Ist es richtig, daß die Mädchen bisweilen am Reinemachen verhindert wurden, weil die Spieler noch da waren? Keine Antwort.

#### Das Pokerspiel auf den internationalen Verkehrswegen verboten.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: In einer Reihe anonymer Zuschriften ist mir wieder mitgeteilt worden, daß Pokern auch mit Würfeln gespielt werden kann. Ich lege darauf keinen Wert. Ich habe aber von Dr. Kedei aus Schwabach einen Brief erhalten, in dem mir mitgeteilt wird, auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie sei das Pokerspiel verboten. Ich stelle anheim, darüber Beweis zu erheben.

#### Spiel in einem Privatzimmer des Zivillkasinos.

Der folgende Zeuge ist Gymnasialprofessor Dr. Friedrich Oldenburg. Er sei im Jahre 1900 eines Abends zufällig im Oldenburger Kasino in das Privatzimmer des damaligen Kasinowirtes Werner gedrungen. Da habe er zu seiner größten Ueberraschung Minister Ruffrat, Buchhändler Schmidt, Dr. Schlegel beim Satienspielen getroffen. Die Herren waren offenbar auch ganz überrascht, daß sie geföhrt wurden. Was die Herren gespielt haben, wisse er nicht. Er habe es für sehr eigenartig gehalten, daß die Herren zum Zwecke des Spiels in ein Privatzimmer des Kasinos gingen.

#### Unterfah in der Ruffrat-Riße.

Kellner Ruffrat: Er sei vor etwa vier Jahren Kellner im Oldenburger Zivill Kasino gewesen. Er wisse nicht, ob Minister Ruffrat mitgespielt habe. Er habe einmal in der Ruffrat-Riße einen sogenannten Vierunterfah gefunden, auf dem das Spiel „Lustige Sieben“ ausgezeichnet war. — Vorf.: Inwiefern war das die Ruffrat-Riße? — Zeuge: Die Riße wurde Ruffrat-Riße genannt, weil Minister Ruffrat beinahe jeden Abend in der Riße saß. — Darauf wird Minister Ruffrat als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet auf Befragen des Vorsitzenden, die Angaben des Zeugen Herzmann seien unwahr. Es sei richtig, daß er einmal mit Buchhändler Schmidt und Dr. Schlegel in einem Privatzimmer des Kasinos gespielt habe. An jenem Abend seien einer Festlichkeit wegen alle Zimmer des Kasinos besetzt gewesen und der Kasinowirt hätte ihnen ein Privatzimmer eingeräumt. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herz: Herr Minister, Sie haben Ihren Freunden gegenüber zugegeben, daß Sie noch bis in die letzte Zeit gepokert haben. Geben Sie nun zu, daß Sie in Ihrer Zeugenaussage in dem Prozeß Rief-Biermann eine Tatsache unterdrückt haben?

— Zeuge (sehr erregt): Ich bin leider nicht in der Lage, mich gegen diese Beleidigung zu schützen. — Vert.: Ich muß mich ganz entschieden dagegen verwahren, daß ich den Minister beleidigt habe. Ich bin der Meinung, der Herr Zeuge müßte soviel Jurist sein, daß ihm bekannt sein müßte, ich stelle die Frage nicht aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen, sondern weil ich es für meine Pflicht erachte, als Verteidiger im Interesse des Angeklagten danach zu fragen. Ich muß also auf Beantwortung der Frage bestehen. — Zeuge Ruffrat: Ich habe in dem Prozeß Rief-Biermann gesagt: Ich habe seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr „Lustige Sieben“ gespielt. Ich hatte gar keine Veranlassung, eine Zeit anzugeben, in welcher ich nicht mehr gepokert oder gemaußelt habe. Es ist durch Gerichtsentscheidung festgestellt worden, daß ich mich einer Verletzung meiner Eidspflicht niemals schuldig gemacht habe. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herz: Sie müssen doch aber Bedenken gehabt haben, ob Ihre Aussage korrekt war, sonst hätten Sie wohl nicht Ihren Rechtsanwalt Dr. Meyer in einer öffentlichen Gerichtsitzung erklären lassen, daß Sie seit 12—14 Jahren nicht mehr hazardiert haben. — Zeuge: Als in dem Prozeße gegen einen Anträger des Oldenburger „Meißelboten“, namens Kruse, der wegen Beleidigung meiner Person anhängig gemacht war, das berühmte Protokoll zur Verlesung kam. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger (erregt aufspringend): Herr Vorsitzender, ich beantrage, den Zeugen zur Ordnung zu rufen und event. deshalb einen Gerichtsbeschluß erheben zu lassen. Ich kann mir unmöglich eine solche Beleidigung gefallen lassen. Mir persönlich ist es ja gleichgültig, aber da dies dem Zeugen schaden könnte, muß ich bitten, den Zeugen in die Schranken zu verweisen. — Vorf.: Ich muß allerdings sagen, daß diese Bemerkung ungebührig war. — Minister Ruffrat: Also ich sage, nachdem mir bekannt wurde, ein Kellner Meyer hätte bei Dr. Sprenger zu Protokoll gebracht, ich hätte noch 1899 und 1900 „Lustige Sieben“ gespielt, die Bank gehalten usw., so hielt ich es für notwendig, dem Herrn Rechtsanwalt ganz besonders zu erklären, daß die Aussagen des Kellners vollständig unwahr sind. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sprenger: Ich halte damit die Angelegenheit für erledigt und zwar ganz besonders deshalb, um eine Wiederholung solch peinlicher Szenen zu vermeiden, die der Sache nur schaden kann. — Minister Ruffrat: Ich finde es für sehr eigenartig, daß, nachdem diese Frage von der Verteidigung angeknüpft war, sie dieselbe plötzlich fallen läßt. Ich halte es zum mindesten für erforderlich, Herrn Rechtsanwalt Meyer als Zeugen zu vernennen. — Vorf.: Ich bin doch der Meinung, wenn die Herren Verteidiger die Sache als erledigt ansehen, Sie sie für aufgelöst halten. — Minister Ruffrat: Ich will nur noch meinem Bedauern Ausdruck geben, daß die Beschuldigung des Reineidverdachts gegen mich erhoben wurde, ohne daß es mir möglich ist, diese Beleidigung zurückzuweisen. — Vorf.: In dieser Verhandlung ist dies nicht geschehen.

#### Weiteres Reumundsgewinn.

Frau Hotelier Wade schildert den Angeklagten als einen sehr ehrlichen, wahrheitsliebenden Menschen. — Lobndner Naturus bemerkt: Er habe dem Rechtsanwalt Dr. Sprenger Mitteilung gemacht, daß der Angeklagte über die Spielvorgänge im Oldenburger Zivill Kasino nichts wisse. Der Angeklagte habe ihm die Vorgänge in so glaubwürdiger Weise erzählt, daß der Zeuge die Wahrheit nicht bezweifelte. Der Angeklagte sei vom Rechtsanwalt Dr. Sprenger diese Stunden vernommen und mehrfach zur größten Vorsicht ermahnt worden. Dr. Sprenger sagte wiederholt zu dem Angeklagten: Sie dürfen nicht außer acht lassen, daß Sie sich im Widerspruch mit einer Reihe von Personen von hoher gesellschaftlicher Stellung befinden. — Der Angeklagte blieb aber fest bei seiner Erklärung. — Dienstmann Lohr, Bremen: Er habe einige Male mit dem Angeklagten über seine bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Sprenger gemachten Erklärungen gesprochen. Die Angaben des Angeklagten haben einen vollständig glaubwürdigen Eindruck gemacht. — Verteidiger Dr. Jonas: Sie sollen bei Ihrer Vernehmung vor dem Polizeikommissar Wöning den Angeklagten als einen Menschen bezeichnet haben, der gern von sich reden macht. — Zeuge: Das ist unwahr. — Vert.: Dann ist es mir unerklärlich, wie diese Behauptung in die Anklageschrift kommen konnte.

#### Die Behandlung des Angeklagten im Prozeß Schweynert.

Ein fernerer Zeuge ist Redakteur Marxwald-Fort. Er habe dem Prozeß Schweynert in Oldenburg als Zeitungsberichterstatter beigewohnt. Er habe eine höhere Schule besucht und sei oft als Berichterstatter bei Gerichtsverhandlungen zugegen gewesen. Er müsse aber sagen, wenn er so behandelt worden wäre, wie dieser junge unerfahrene Mensch, der vielleicht zum ersten Male in einem Gerichtssaal war, dann wäre auch er verwirrt geworden. Staatsanwalt Zimmen habe im letzten Augenblick zu dem Angeklagten gesagt: Wollen Sie nicht noch Ihre Aussagen etwas abändern oder einschränken. Darauf versetzte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Erl: Ah was, so etwas gibt es ja gar nicht. Er, Zeuge, habe den Eindruck, daß, wenn der Angeklagte richtig behandelt worden wäre, keine Verhaftung und Erhebung dieser Anklage erfolgt wäre. Diese Auffassung war am Berichterstatterisch allgemein. Der Gerichtsberichterstatter Paul Schweder, der anfänglich der Ansicht war, daß dem Minister Ruffrat Unrecht geschehen sei, hatte schließlich auch die Empfindung, daß der Angeklagte schroff behandelt wurde. Er, Zeuge, müsse sagen, er habe es noch niemals erlebt, daß ein Zeuge vor einem Gerichtshof dertartig behandelt worden sei, wie der Angeklagte Meyer im Prozeß Schweynert.

Redakteur Ehrenhorst, Berlin: Er sei Redakteur der „Berliner Morgenpost“ und habe im Auftrag dieser Zeitung im Prozeß Schweynert einen Stimmungsbericht zu schreiben gehabt. Die „Berliner Morgenpost“ sei keineswegs dem Gerichtshof feindlich gesinnt. Er müsse aber sagen, die Behandlung durch die Richter hätte einen peinlichen Eindruck gemacht. Der Angeklagte habe auf ihn einen völlig glaubwürdigen und seine Persönlichkeit den denkbar günstigsten Eindruck gemacht. Dies habe er auch der „Morgenpost“ geschrieben. Die Behandlung des Angeklagten von Seiten des damaligen Vorsitzenden müsse den Angeklagten verwirrt gemacht haben. Er habe auch betont, daß dem Staatsanwalt Zimmen es zum großen Verdienst gemacht werden müsse, daß er noch im letzten Augenblick den Angeklagten warnte und zu ihm sagte, er könne seine Aussage abändern oder etwas einschränken. Der Vorsitzende fiel aber mit seiner alles überhörenden Stimme sofort dazwischen: Ah was, so etwas gibt es ja gar nicht! Er, Zeuge, hatte und habe die Ueberszeugung, daß, wenn der Angeklagte in liebevoller Weise behandelt worden wäre, die Verhaftung und Erhebung dieser Anklage

vermieden worden wäre. Er habe die Empfindung, als hielte es der Vorsitzende für einen Trampf, daß er den Angeklagten erblich in der Grube hatte. (Große Bewegung im Zuscherraum.)

#### Der Angeklagte schimpfte auf seine Verteidiger.

Darauf wird Gefängnisausseher König-Oldenburg als Zeuge vernommen. Der Angeklagte habe im Gefängnis über Kopf schmerzen geklagt, er sagte, dies käme von den vielen Vernehmungen. Er komme sich vor, als sei er in einer Räuberhöhle. — Vorf.: Was wollte denn der Angeklagte damit sagen? — Zeuge: Ich nahm an, daß er mit den Verteidigern unzufrieden sei, da er auf sie schimpfte und sagte, durch die Verteidiger werde ich 10 Jahre ins Zuchthaus wandern müssen, wenn man mir nicht glaubt. Gefängnisausseher Gode-Oldenburg schließt sich dieser Aussage an.

#### Neues Reumundsgewinn.

Schuhmacher Zweibartth-Bremen schildert den Angeklagten als einen sehr wahrheitsliebenden und ehrlichen Menschen. Danach wird die Verhandlung gegen 7 Uhr abend auf Sonntag abend 8 Uhr vertagt.

## Aus Industrie und Handel.

Die Staatsschulden des Deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Bundesstaaten haben sich in den letzten Jahren beträchtlich vermehrt. Nach der Jahreslichen „Finanzstatistik“ beliefen sich Ende 1904 die gesamten fundierten Staatsschulden auf 14 870 Millionen Mark gegen 14 464 im Jahre 1903, 13 902 i. J. 1902 und 13 112 i. J. 1901. Davon entfallen auf das Reich 8023,5 (1903 7733,5, 1902 ebensoviele, 1901 2315,6) Millionen Mark (ohne die Sogyanweisungen und Reichskassenscheine im Gesamtbetrage von 200 Millionen Mark) und auf die Einzelstaaten 11 855,9 (1903 11 790,1, 1902 11 258,6, 1901 10 796,7) Millionen Mark. Die Schulden des Reiches sind also im letzten Jahre um 200 Millionen Mark oder 10,6 Proz., die der Bundesstaaten um 125,8 Millionen Mark oder 1,1 Proz. gestiegen. Von 1901 bis 1904 hat sich die Schuldenlast des Reiches um 708 Millionen Mark oder 30,4 Proz., die der Bundesstaaten um 1059 Millionen Mark oder 9,8 Proz. erhöht. Die Schulden des Reiches sind also in den letzten drei Jahren mehr als dreimal so stark gestiegen, wie die der Bundesstaaten.

Preußen hatte im Jahre 1904 7035,0 Millionen Mark Staatsschulden gegen 7036,7 Millionen Mark i. J. 1903 und 6802,8 Millionen i. J. 1901. Im letzten Jahre hat also nur eine sehr geringe Zunahme um 8,3 Millionen Mark und in den drei Jahren eine solche um 432,2 Millionen Mark stattgefunden.

Im oberdeutschen Stahlverband sind ernste Zwistigkeiten ausgebrochen. Der Streik dreht sich — selbstverständlich — um die Beteiligungsansprüche. Bereits im Frühjahr haben, wie die „Rhein. Westf. Zig.“ berichtet, einzelne Mitglieder ihre Quoten nicht als angemessen betrachtet und nachträgliche Erhöhung derselben gefordert. Auch ist öfter das Verlangen nach Abänderung der Organisation laut geworden, da auch diese anscheinend den Erwartungen einzelner Mitglieder nicht entsprochen hat. Es folgten dann die Schwierigkeiten in dem Anschluß der Groß- und Feinblechgruppen und verschiedene andere Differenzen, denen zufolge bereits im Frühjahr der Verband von zwei Werken (der Warthaütte und den Vorkriegswerken D. R.) gekündigt worden ist. Diese Kündigungen sind noch nicht erledigt, bestehen also noch zu Recht. Im vergangenen Monate sind nun die Quotenfragen, welche hauptsächlich Handelsware (Stabeisen) betreffen, seitens der interessierten Werke in einer Weise an den Vordergrund gestellt worden, welche das Bestreben erkennen läßt, eine Abänderung der bisherigen Quoten herbeizuführen und diese Fragen jetzt in der einen oder anderen Weise zur Entscheidung zu bringen. Auch um Abänderung einiger organisatorischer Bestimmungen handelt es sich. Die hauptsächlich an der Gruppe A (vornehmlich Rohstahlprodukte) interessierten Werke opponieren diesen Forderungen, insbesondere der Quotenabänderung, was seit Monaten die Ursache verschiedener Mißbilligkeiten gewesen ist.

## Verammlungen.

Die letzte Generalversammlung der Freien Volkshöhne im Spieljahr fand am 5. Juli im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Konrad Schmidt gab den Geschäftsbericht über das Jahr und machte von den für die nächste Saison getroffenen Arrangements Mitteilung. Die Verträge mit dem Metropol-Theater bleiben weiter in Kraft, wogegen das Berliner Theater wegen der geplanten künftigen Veränderungen für den Verein diesmal in Wegfall kam. Nach gründlicher Umschau wurde zum Ersatz das Deutsche Theater für fünf Vorstellungen des Vereins verpflichtet, ein Kontrakt, der aber durch Lindaus Austritt und die Auflösung der verpflichteten Handelsgesellschaft seine Geltung verlor. Trotz aller freundlichen Bemühungen des früheren Direktors weigerte sich sein Nachfolger, Herr Reinhardt, den Vertrag auf sich zu übernehmen, referierte vielmehr die Sonntag-Raumfrage für die Neue Freie Volkshöhne. Unter diesen Umständen hat der Vorstand neben dem Metropol-Theater den Bühnenraum des gründlich renovierten Ostend-Theaters gemietet und wird so zum ersten Male alle Vorstellungen in eigener Regie mit eigens engagierten Schauspielpersonal veranstalten. Nach den sehr günstigen Erfahrungen, die der Verein mit solchen Aufführungen im Metropol-Theater gemacht hat, läßt sich ein gutes Gelingen hoffen. Herr Witte-Wild scheidet leider, einem Rufe nach Breslau folgend, aus dem Amte, das er so trefflich versah; dafür ist eine andere bewährte Kraft, Herr Waldow, der bisherige Oberregisseur des Deutschen Theaters, für die künstlerische Leitung des gesamten Vorstellungsganges gewonnen worden. Der Revisor Isch mit einem Rückblick auf die weitere Vergrößerung des Vereins, der nach Eingliederung der neuen Abteilung im Herbst 11 000 Mitglieder zählen wird.

Im Anschluß daran erstattete Winkler den Kassenbericht. Die Jahreseinnahmen beliefen sich auf 112 206 M., die Jahresausgaben auf 106 695 M., so daß als Kassenbestand am 30. Juni 1906 5511 M. vorhanden waren. Der Revisor König's beantragte und erhielt Decharge für den Kassierer.

Wanke, als Vorsitzender der Versammlung, eröffnete die Diskussion, die sich weit ausspannte. Unter anderem stellte Herr Wank über die Honorierung der Artikel im Vereinsheft eine Anfrage. Davidsohn rügte, daß man im Metropol-Theater auf die schlechten Fremdenorplätze verlosse, Kille tabelte die Aufklärung des Schawischen „Teufelskerl“, Melenburg und Salomon griffen den Vorstand wegen des Abschlusses mit dem Ostend-Theater an und machten Ausstellungen hinsichtlich der zu den Festen zugezogenen Künstler. Vom Vorstände und Ausschusse wurde ihnen geantwortet. Im Namen dieser beiden Körperschaften, die einstimmig den Beschluß gefaßt, beantragte Wank sodann eine Erhöhung des monatlichen Kassiererergolts von 225 auf 250 M. Die Arbeitslast sei mit jeder neuen Abteilung größer geworden. Die Zeitung Winkler's qualifiziere sich als eine überaus tüchtige und würde, wollte man den üblichen geschäftlichen Maßstab anlegen, noch bedeutend höher zu entlohnen sein. Im gleichen Sinne sprachen u. a. Jonas, Robert Schmidt und Eisner, während eine Reihe von Rednern, darunter Herr Salomon, sich gegen den Antrag erklärten. Bei der Abstimmung wurde die Gehaltsverhöhung mit 50 gegen 60 Stimmen angenommen.

Vor den Wahlen zum Vorstand erklärte Wank, daß Kahlenstein als Schriftführer auscheiden wolle und empfahl im Namen des Vorstandes Herrn Friedländer. Aus der Versammlung heraus wurde statt seiner Herr Salomon vorgeschlagen, und bei der zweiten Abstimmung — die erste hatte ein unsicheres Resultat ergeben — wurde er trotz energischer Protestes von Seiten mehrerer Ausschussmitglieder mit geringer Majorität gewählt. Im übrigen wurden Vorstand, Ausschuss, Revisoren und Obleute in ihrem alten Besande durch die Wahlen bestätigt.

Oberst Huger und die Militärrechtspflege vor der Dortmunder Strafkammer.

C, Dortmund, den 14. Juli.

(Vierter Verhandlungstag.)

Bei Beginn der heutigen Sitzung gelangen zunächst die Anführungen des Obersten Huger gegen den Kriegsgerichtsrat Schall zur Sprache, dem der Angeklagte Rechtsabwegung in mindestens 30 Fällen vorwirft.

Der Angeklagte Oberst Huger geht hierauf auf zahllose Einzelheiten ein, um seinen Standpunkt genau festzulegen.

Es wird danach die Entscheidung des Oberkriegsgerichts vom 17. Dezember 1907 verlesen, was längere Zeit in Anspruch nimmt.

Oberst Huger hält den Auditor Schall und mit ihm den Militär-Anführer, der das Erkenntnis des Oberkriegsgerichts ausgearbeitet, für die intellektuellen Urheber aller Forderungen.

Es wird dann noch beantragt, den jetzigen Stationsassistenten Franz aus Barmen zu laden, der zur Zeit Hugers Unteroffizier in der dritten Batterie war.

Vors.: Wir wollen nun zu den angeführten Verträgen übergehen, die gegen die Prozedur vorgekommen sein sollen.

Angell.: Ich muß dann wenigstens eine grobe Art von Befangenheit annehmen, da so viele Verstöße vorliegen.

Es wird dann noch der Oberleutnant a. D. Rittmeyer vernommen, er weiß sich aber an die einzelnen Vorgänge nicht mehr zu erinnern.

General von Sidler vernehmen, der nach den Behauptungen der Proschrift des Angeklagten als Mitglied eines württembergischen Untersuchungsgerichts zu seinem Nachteil in einem Antrage auf Einstellung des gerichtlichen Verfahrens Zeugnisaussagen falschlich und fälschlich wiedergegeben und eine Bestimmung durch Einfügung von Worten zugunsten des Hauptmanns Schmaßl verpeinlichtigt.

General von Sidler erklärt heute, daß er als Befehlshaber überhaupt nicht zum Untersuchungsgericht gehört habe.

Vors.: Wie stellt sich der General zu der Frage der Krankenbesuche? General von Sidler: Ich habe selbst Offiziere als Krankenbesuchern zu Tisch gehabt.

Es wird darauf der Hauptangeklagte, Kriegsgerichtsrat Schall vernommen, dem Huger 30 Fälle von Rechtsabwegungen vorgeworfen hat.

Aus der Partei.

Pollizellisches, Gerichtliches usw. - Gehausucht wurde am Freitag früh in den Geschäftsräumen der Dresdener „Vollstreckung“ nach Briefen des Zentrumsabgeordneten Horn, die dieser im Jahre 1893 an die „Reiner Zeitung“ gerichtet hatte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend. Zum Streik der Teppichweber. Nachdem der Streik der Teppichweber bei den Firmen Baader und Benjamin durch wesentliche Zugeständnisse an die Arbeiter schon seit drei Wochen beendet ist, dauert der Streik bei der Firma Heibisch noch unverändert fort.

Der Streik der Dresdener Zigarettenarbeiter hatte bekanntlich auch nach Berlin übergriffen dadurch, daß die Arbeiter der Firma Josefetti-Berlin sich mit ihren Dresdener Kollegen solidarisch erklärt hatten.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen. Die selbständigen Barbier in Ober-Schöneweide haben beschlossen, die Forderungen der Gehülfen nicht zu bewilligen und die bisher gemachten Bewilligungen zurückzuziehen.

Deutsches Reich.

Zur beendeten Werftarbeiter-Ausperrung. Aus Bremen haben wir mitgeteilt: Die Nachricht von dem plötzlichen Ende des Kampfes gegen die Werftgewaltigen an der Unterweser wird manchen überraschend gekommen sein.

Die Kesselschmiede haben sich danach lediglich aus taktischen, zum größten Teil innerhalb der an der Ausperrung beteiligten Gewerkschaften liegenden Gründen veranlaßt, ihre an die Werftdirektionen gestellten Forderungen zurückzuziehen.

Die Ausschließung ist damit beendet; der Kampf ist vorläufig abgebrochen. Mancher Arbeiter war mit diesem Ausgang erklärlicherweise wenig zufrieden.

Zur Aussperrung der Bauarbeiter in München. Wie schon berichtet, hat Gerichtsrat Dr. Brenner sowohl Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes als auch die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen ex officio vorgeladen, um die Beilegung der Aussperrung und der schwebenden Differenzen in die Wege zu leiten.

Zur Aussperrung der Bauarbeiter in München. Wie schon berichtet, hat Gerichtsrat Dr. Brenner sowohl Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes als auch die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen ex officio vorgeladen, um die Beilegung der Aussperrung und der schwebenden Differenzen in die Wege zu leiten.

Darum Rederer erklärt, daß der Arbeitgeber-Verband darauf bestehen müsse, daß der abzuschließende Vertrag nur zwischen dem Gewerkschaftsverein und dem Arbeitgeber-Verband abgeschlossen werde, um so eine Instanz zu schaffen, die die Garantie biete, daß der Vertrag auch innegehalten werde.

Soziales.

Die Donaubruder Handelskammer gegen Arbeitskammern. Die Handelskammern sind privilegierte Unternehmerorganisationen, gesetzlich anerkannte Interessendvertretungen der Kaufmannschaft und der Industriellen eines Bezirks.

Die XXII. Jahresversammlung des Zentralverbandes der deutschen Ortskrankenkassen findet am 6., 7. und 8. August in Dresden im Reglerheim statt, da Göttsch, das vom Münchener Ortskrankenkassenfest bestimmt war, die Veranstaltung des Kongresses nicht übernehmen konnte.

Zeit des Arbeitgebers festgesetzt ist, an Stelle des mittellosen Unternehmers der Auftraggeber für die Beiträge, und zwar vom Beginn des Auftrages. Sind Zwischenunternehmen vorhanden, so haften diese mit dem Auftraggeber. Antragstellerin: Freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl zu Berlin und Ostpreußen des Bauergewerbes. Die Jahresversammlung wolle beschließen, die geschäftsführende Kasse zu beauftragen, ein einheitliches Leitungs- und Rechnungsbuch für alle Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich auszugeben. Antragstellerin: Freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl zu Berlin. 9. Wahl des Ortes für die nächste Versammlung.

Bedeutung sein, da zweifellos bei dieser Gelegenheit die Reformpläne der deutschen Reichsregierung, die Pöhl im Herrenhause gelegentlich der Beratung der Berggesetz-Novelle ankündigte, sowie die sonstigen Maßnahmen der Gegner der Arbeiterbewegung gegen das Selbstverwaltungsrecht der Orts-Krankenkassen zur Sprache kommen werden. Auch die Frage der Versicherungsspflicht der Heimarbeiter und Hausindustriellen ist von weittragender Bedeutung.

Rechtsgültige polizeiliche Befähigung von Kurpfuschereklamen. Eine Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. vom Jahre 1903 stellte unter Strafe u. a. „prahlerische Versprechungen“ nicht approbierter Heilkundiger bei Ankündigung ihrer Heilmethode. Ein Heilkundiger Gehele war auf Grund der Verordnung zu einer

Geldstrafe verurteilt worden, weil er in der Zeitung angeklündigt hatte: erfolgreiche Behandlung aller Krankheiten, auch Frauenleiden. Er legte Revision ein und bestritt die Gültigkeit der Verordnung. Das Kammergericht erklärte jedoch die Verordnung für gültig, wobei es davon ausging, daß es sich hier um die Sorge von Leben und Gesundheit im Sinne des § 1 des Polizeiverwaltungsgesetzes handele, da sich Kranke durch prahlerische Versprechungen der Kurpfuscher leicht verleiten ließen, den sachverständigen Rat gewissenhafter Ärzte zu spät in Anspruch zu nehmen. Es sei auch kein Rechtsirrtum, wenn das Landgericht hier eine der inkriminierten prahlerischen Versprechungen annehme, indem es sage, selbst ein tüchtiger Arzt könnte nicht erfolgreiche Behandlung aller Krankheiten versprechen.

**Teures Fleisch — billige Seefische!**

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Täglich Sendungen lebendfrischer, ständig unter Eis gehaltener Seefische in eigenen Kühlwaggons.

**Großer Schellfisch**

pr. Pfd. 20 Pf.  
im Anschnitt „ 25 „

**Cabliau** { ohne Kopf „ 23 „  
im Anschnitt „ 25 „

**Seelachs** { mit Kopf „ 20 „  
im Anschnitt „ 25 „

**Bratflundern** „ „ 25 „

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Seefisch-Kochbücher gratis.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8804.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53  
(am Moritzplatz.) (im Schlessischen Bahnhof.) (der Kurzenstr. gegenüber.)

Während der Monate Mai bis August inkl., außer Sonnabends, um 8 Uhr abends geschlossen.

Alle übrigen Seefische zu billigen Tagespreisen!

Ferner besonders empfehlenswert und auf das Schmackhafteste zubereitet, aus eigener Marinier-Anstalt:

**Fisch-Kotelettes**

gebraten und mariniert, in Blechdosen zu  
17 Pfd. 2.80 M., 10 Pfd. 1.80 M., 8 Pfd. 1.55 M.,  
4 Pfd. 1.00 M., 2 Pfd. 55 Pf.

**Bratschellfische**

gebraten und mariniert, in Blechdosen zu  
17 Pfd. 3.00 M., 10 Pfd. 1.80 M., 8 Pfd. 1.60 M.,  
4 Pfd. 1.15 M. und 1 1/2 Pfd. 40 Pf.

**Goldbarsch in Aspik**

(Delikatessa) 4 Pfd.-Dose 1.60 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Sonnabend, den 16. Juli.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Operntheater.** Der Barbier von Sevilla.  
Berliner. Gelpenfer.  
Anfang 8 Uhr:  
**Zentral.** Die Geisha.  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Der Postillon von Longjumeau.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Hofgünst.  
**Westen.** Jung-Heidelberg.  
**Reines.** Nachtasyl.  
Kunstspielhaus. April-Orbit.  
**Carl Weh.** Lehmanns Abenteuer.  
**Velle-Miliane.** Der 11. Des.  
**Weichhalten.** Gastspiel Oskar Langhübel.  
**Spoko.** Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.  
**Metropol.** Die Herren von Maxim.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Berliner Prater-Theater.** Zwischen Himmel und Erde.  
**Stadt-Theater Moabit.** Mutter Gerecht.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Die deutsche Nordseeküste.  
**Invalidenstraße 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Kleines Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtasyl.**  
Vom 16. bis 31. Juli geschlossen.

**Neues kgl. Opern-Theater.**  
Anfang (Kroll.) 7 1/2 Uhr.  
Der Widerspenstigen Zähmung.  
Oper in 4 Akten v. H. Götz.  
Sonntag: Gastspiel Théo Doré:  
Carmen. Donnerstag, 20.: Auftreten Isadora Duncan.

**Apollo-Theater.**  
Das bewunderswerteste Theater Berlins mit großem Garten!  
Größter Erfolg! Der Gipfel der Komik! 10 Uhr:  
Ein Abend in einem amerik. Eichel-Tempel.  
Vorher: Hochzeitsabend von Paul Linde und Spezialitäten.

**Metropol-Theater**  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 251. Male:  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Anstaltungsposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 133.  
Täglich 8 Uhr:  
**Lehmanns Abenteuer**  
auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz.  
Im Sommergarten:  
Das phänomenale Juli-Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend: Gr. Sommerfest.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhäuser Allee Nr. 148.  
Täglich:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
20 Attraktionen 1. Rang. Dazu:  
**Arbeit schändet nicht.**  
Vollständigt mit Gesang in drei Akten.  
Am Saale: Gr. Tanz.  
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrlich 50 Pf.

**Oologischer Garten**  
Heute Sonnabend:  
**Großes Monstre-Konzert.**  
Illumination und Feuerwerk.  
Eintritt 1 Mk. bis zum Schluss des Abends.

**Etablissement Bugenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich im großen schattigen Garten:  
**Streich-Konzert.**  
Ricardo Munez.  
Bei ungünstigen Wetter im Saal.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Normy-Oper.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bötel.  
Der Postillon von Longjumeau.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr  
Martha oder: Der Markt zu Richmond.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Zauberkiste.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Populäre Vorstell. bei halben Preisen:  
Die lustigen Weiber von Windsor.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 13—15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Fernsprecher IV, 8801. Max Kliem.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.  
Ob schön! Täglich Ob Regem!  
Im herrlichen Garten oder Saal:  
**Konzert und Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlins.  
40 Sensations-Hummern.  
Entree Wochenends 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

**Urania** Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
Die deutsche Nordseeküste.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Neu!! Admiral Togos Besuch bei Admiral Roschdestwensky im Hospital zu Kioto!  
Neu! Elitkapelle „Berolina“.  
Lebende Photographien!

**Passage-Panopticum.**  
Die Sensation der Saison:  
**Der Riese Machnow**  
der größte Mensch, der je gelebt hat. Ohne Extra-Entree.  
Real! Zum erstenmal in Europa:  
**Der lebende Eismensch**  
aus dem nördlichsten Kanada.  
Ohne Extra-Entree.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7—9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde.  
Gr. romantisch. Ausstattungsstück.  
Neue Dekorationen und Kostüme.  
Eine schreckliche Nacht.  
Große Pantomime der Gullano Polites Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Hofgünst.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo v. Trotha.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Hofgünst.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Hofgünst.**  
Im Garten täglich:  
**Großes Militär-Konzert.**

**Diez' Seeterrasse, Lichtenberg**  
Röderstr. 6.  
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Auftreten des phänomenalen Meister-Jahres Alfred Schneider mit seinem konkurrenz. Feuer-Flammen-Todes-Hindernissprung.  
Um 6 1/2 und 10 Uhr:  
Auftreten der weltberühmten Turmsolkünstler „The Liepelt“.  
Brillant-Land- u. Wasser-Feuerwerk.  
Größt. Spezialitäten, Theater und Ball.  
Wochentags 10 Pf.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Heute:  
**Großes Sommerfest.**  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Gr. Sommernachtsball.**  
Voranzeige. Von Dienstag, den 18. bis 21. Juli 1905: Nur vier-tägiges Gastspiel der Schloßdame Magdalena.  
Außerdem d. neue Attraktions-Prgr.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdigersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Wochentags: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, alle kein Entree.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sänger.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

**Paul Schwarz' Sommer-Theater**  
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.  
Täglich: **Konzert.**  
Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Das großartige Juli-Programm.  
Anfang 5 Uhr.  
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

**WEISSENSEE.**  
Sonntag, den 23. Juli 1905, im Lokal Albrechtshof, Parkstr. 13  
**::: Großes Volks-Sommerfest :::**  
veranstaltet von den Parteigenossen Weissensee unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freie Sänger“ (M. d. N.-S.-S.) und des Arb.-Turnvereins  
Auftreten der Duettisten Gebr. Isolena.  
**Großes KONZERT**  
ausgeführt vom Berliner Tonkünstler-Orchester. Dirigent Herr Karl Tietz.  
**Fackelpolonaise.**  
Kaffeneröffnung 3 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Entree 25 Pf.  
Im Saale: **TANZ.**  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Um zahlreichem Besuch bittet  
**DAS KOMITEE.**  
NB. Das Fest wird mit einem Festzuge eingeleitet und ersuchen wir die Festteilnehmer sich um 1 1/2 Uhr mittags am Sammelplatz, Prenzlauer Chaussee, Ecke Gustav Adolfstraße, einzufinden.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Konzert \* Theater**  
Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

**WINTERGARTEN**  
Anfang 8 Uhr.  
**Heute die letzte Vorstellung**  
in dieser Saison.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7—9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde.  
Gr. romantisch. Ausstattungsstück.  
Neue Dekorationen und Kostüme.  
Eine schreckliche Nacht.  
Große Pantomime der Gullano Polites Troupe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

**Paul Schwarz' Sommer-Theater**  
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.  
Täglich: **Konzert.**  
Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Das großartige Juli-Programm.  
Anfang 5 Uhr.  
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

**Otto Pritzkows Abnormitäten-Ausstellung**  
Münzstr. 16.  
Neu ! ! ! ! ! Neu  
**? Mne-Mno-Mni ! ?**  
Irel in der Luft fliegende ?  
Türkin ?  
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.  
Neu renoviert! Neu renoviert!

Große Auswahl  
**Verlosungs-Gegenstände**  
zu Landpartien  
Lieferung  
zu Engros-Preisen  
**L. Katz & Co.,**  
Spandauerstraße 48.  
Kaiserstraße, Ecke Schillingstraße.  
Rixdorf:  
„Kaufhaus“, Bergstr. 7/B.

**Blitz-Schnell**  
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehl:  
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,  
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,  
auch für totpulente Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Kavaliereu und Kavalieren, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 29412\*  
Fahrgeld wird vergütet. \* Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Dampfer Carl Krause,** für Veretne 60—100 Personen fassend, empfiehlt Alexanderstraße 13.

**Augen auf!**  
Wir empfehlen:  
1 Posten getragene Herren-Paletots  
1 Posten getragene Herren-Anzüge  
1 Posten getragene Hosen  
1 Posten getragene Gehröcke u. Rockanzüge  
von den feinsten Herrschaften und Kavalieren. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen spottbillig.  
Zugleich machen wir auf unsere Abteilung neuer Garderobe aufmerksam.  
**J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben**  
Hauptgeschäft: Chausseestr. 80 a.  
2. Geschäft: Prinzenstr. 17, a. d. Wasserhorst.  
3. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116, a. d. Andreasstr.

**Schweizer-Garten.**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Täglich  
**Theater-Vorstellung**  
◆ Neue Spezialitäten. ◆  
Volksbelustigungen.  
Zum Schluss:  
**Weibliche Feste.**  
Ausstattungsstücke mit Gesang von  
D. Werner.

**Reichshallen.**  
Gastspiel  
d. berühmten  
**Oskar  
Junghähnel**  
mit seiner  
vorzüglichen  
**Herren-  
Gesellschaft**  
Am 8. Uhr.  
Sonnt. 7. Uhr.  
Dienstag, 1. Aug.: Wiederbeginn  
der Feste der Stettiner Sängers.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige  
**Herren-Garderoben.**  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurter Str. 87. II.  
Eingang Straußberger Platz.

**Nathan Wand**  
129 Stalinerstr. 129.  
Die schönsten 37182\*  
**Herren-Sommer-Paletots  
und Anzüge** in neu  
sonstige Spezial  
**Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen,  
fast neu, für jede Figur passend,  
besonders Bauchaumzüge sind in  
großer Auswahl stets zu staunend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalinerstr. 129.  
Nachbarnstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**„Athriwi“**  
Zigaretten  
beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

**Zentral-Verband der Asphaltteure,  
Pappdachdecker** und Berufsgenossen Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engel-Ufer 15 (Saal 3):  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kasendbericht vom 2. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Bericht-  
erstattung des Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Ver-  
handlungsangelegenheiten. 4. Der erste Verbandstag in Berlin und die An-  
träge zu demselben. 5. Statutenberatung. 6. Wahl der Delegierten zum  
Verbandstage. 7. Ausgabe der Billets zum 4. Stiftungsfest.  
Das

**4. Stiftungsfest**  
findet am  
**Sonntag, den 29. Juli,**  
in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 48/49, statt. 290/10  
Billets sind in den Zahlstellen und bei den Kollegen zu haben. Ein-  
tritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches. Pünktliches Erscheinen  
aller Mitglieder erwartet  
Der Vorstand.

**!! Buß Salon !!**  
haber: Fran Chr. Theel, Große Frankfurterstraße 85.  
Empfehle mein Etablissement mit großem Garten zu Festlich-  
keiten usw. unter den kulantesten Bedingungen.  
August, September und Oktober mehrere Sonntage  
frei für Vereine etc. 4672L\*  
Sonntag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag: **Großer Ball.**

**Raucht  
Vineta  
No. 8**  
beste 2 Pf.-Zigarette!  
3096L\*

**Deutscher Buchbinder-Verband**  
Zahlstelle Berlin.  
Montag, den 17. Juli 1905:  
**Großes Sommer-Fest**  
in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114  
zur feier des „guten Montags“  
Großes Gartenkonzert. — Spezialitäten ersten Ranges.  
Theatervorstellung für Kinder. — Bei eintretender Dunkelheit:  
Großer fackelzug für Kinder. — Großes Feuerwerk.  
Von 5 Uhr ab: **Großer Ball** im Riesen-Festsaal.  
Eintritt in den Saal für Herren 30 Pf., für Damen 10 Pf.  
Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens zwei Bons für Stocklaternen u. Schaukel oder Karussell usw.  
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet.  
Billett 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. — Programm am Eingang gratis. — Anfang des Konzerts 4 Uhr.  
Billets sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstaben-Vertrauenspersonen, in allen mit Plakaten  
belegten Geschäften sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, vorm. von 12-1 Uhr,  
nachm. von 7/4-7 Uhr zu haben. — Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Vereinigung der Maler,  
Lackierer, Anstreicher.**  
(Filiale Berlin.)  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.

**Wahl der Ziliarbeamten.**  
Nach dem Resultat vom 2. Juli ist eine Stichwahl notwendig. Dieselbe findet am Sonntag,  
den 16. Juli, von morgens 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, in folgenden Lokalen statt:  
Bureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 36  
Rest. Stramm, Alsterstr. 129  
Rest. Riemstein, Rankowstr. 5  
Rest. Ridert, Steinhilberstr. 35  
Rest. Klein, Havelbergerstr. 17  
Rest. Hoffmann, Papestr. 3  
Rest. Bachgänger, Prinzen-Allee 82  
Rest. Kohn, Ruppinerstr. 42  
Rest. Schreiber, Göttingerstr. 74  
Rest. Wagner, Andrastr. 34  
Rest. Weigand, Grünstr. 21  
Rest. Hilscher, Frankfurter  
Chaussee 135  
Rest. Schumann, Weihensee,  
Lehrerstr. 5  
Rest. Dreher, Pankow, Florastr. 35  
Rest. „Bolzhaus“, Charlotten-  
burg, Rosinenstr. 3  
Rest. Natwich, Wilmersdorf,  
Mühlendstr. 71  
Rest. „Zur Linde“, Friedenau,  
Kaiser-Weg  
Rest. Reichen, Gr. Lichterfelde,  
Chaussee 104  
Rest. Preil, Nixdorf, Rosenstr. 24.  
Die Ortsverwaltung.

**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
125/4  
Sonntag, den 22. Juli 1905:

**Sommerfest**  
im Stablisement der Brauerei Friedrichshain.

**Zentral-Verband der Asphaltteure,  
Pappdachdecker** und Berufsgenossen Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engel-Ufer 15 (Saal 3):  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kasendbericht vom 2. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Bericht-  
erstattung des Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Ver-  
handlungsangelegenheiten. 4. Der erste Verbandstag in Berlin und die An-  
träge zu demselben. 5. Statutenberatung. 6. Wahl der Delegierten zum  
Verbandstage. 7. Ausgabe der Billets zum 4. Stiftungsfest.  
Das

**!! Buß Salon !!**  
haber: Fran Chr. Theel, Große Frankfurterstraße 85.  
Empfehle mein Etablissement mit großem Garten zu Festlich-  
keiten usw. unter den kulantesten Bedingungen.  
August, September und Oktober mehrere Sonntage  
frei für Vereine etc. 4672L\*  
Sonntag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag: **Großer Ball.**

**Raucht  
Vineta  
No. 8**  
beste 2 Pf.-Zigarette!  
3096L\*

**Fahrstuhlarbeiter.**  
Sonntag, d. 16. Juli cr., vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**Versammlung**  
aller an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen  
beschäftigten Arbeiter.  
Tages-Ordnung: 1. Der Stand der Bewegung und unsere  
weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes. 34/13\*  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Der Zweigvereins-Vorstand.

**Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter.**  
Zweigverein Berlin I (Brauer). — Geschäftsstelle Berlin C. 54, Linienstr. 19, I.  
Sonntag, den 16. Juli 1905, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
**Vereins-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1).  
Tages-Ordnung:  
1. Der Kölner Gewerkschaftskongress. Referent: Arbeiterkreisleiter Genosse  
Brökner. 2. Die Vereinstätigkeit des Koalitionsrechtes in der Brauerei  
Böhmen. 3. Wahl eines Revisors. 4. Innere Vereinsangelegenheiten.  
5. Verschiedenes.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.  
Die Kollegen der Brauerei Julius Bölow werden zu  
dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.  
41/14  
Der Vorstand.

**Verband der Maschinisten und Heizer sowie  
Berufsgenossen Deutschlands.** (Verwaltungsstelle  
Berlin u. Umgegend.)  
Sonntag, den 16. Juli, nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstraße 75:  
Statutenmäßige  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Halbjährlicher Kasendbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht  
über den Arbeitsnachweis. 4. Anträge. 138/19  
Ohne Kulturbuch kein Zutritt.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Möbelpolierer.  
Kollegen! Laut Beschluss der Ortsverwaltung wird denjenigen unserer  
Kollegen, welche sich von unseren früheren Arbeitsvermittlern Arbeit ver-  
mitteln lassen, die Arbeitslosen-Unterstützung entzogen. 88/20  
Die Kollegen, welche noch Dampferbillets zu bezahlen haben,  
werden hiermit zum letzten Male aufgefordert, dies zu tun, andernfalls  
ihre Namen veröffentlicht werden.  
Der Obmann.

Gewerbegericht zu Berlin.  
Z. Nr. 474 Gem.-Ber. 05.  
Berlin, den 10. Juli 1905.  
Bekanntmachung.  
In Sachen der in der Kofferbranche  
zwischen Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmern herorgetretenen Lohnstre-  
senzen ist auf Grund der Vor schläge  
in der Sitzung vom 7. Juni 1905, an  
welcher teilgenommen haben:  
1. Magistratsrat v. Schulz,  
als Vorsitzender,  
2. Kaufmann Grohn,  
3. Ingenieur Bernhardt,  
als Vertrauensmänner der  
Arbeitgeber,  
4. Formet Körten,  
5. Tischler Köhler,  
als Vertrauensmänner der  
Arbeitnehmer,  
vor dem Einigungsamt des Gewerbe-  
gerichts zu Berlin, nach zuvor er-  
folgter Annäherung durch beide Teile,  
B e r g e i t  
nachstehenden Vorlautes zwischen den  
Parteien abgeschlossen worden, welcher  
in Gemäßheit des § 70 des Gewerbe-  
gerichtsgesetzes und des § 76 des Orts-  
statuts für das Gewerbegericht der  
6. Juni 1902  
Stadt Berlin vom 25. Juli 1902  
hiermit öffentlich bekannt gemacht  
wird:  
Vertrag  
über Lohn- und Arbeitsbedingungen  
in der Kofferbranche.  
1. Die Arbeitszeit beträgt 53  
Stunden pro Woche.  
2. Für gelehrte Arbeiter, welche in  
Lohn beschäftigt werden, darf der  
Durchschnittslohn in der Werkstätte  
nicht unter 50 Pf. betragen.  
Bei Neueinstellungen soll der  
Stundenlohn in der Regel nicht unter  
45 Pf. betragen.  
3. Für Arbeiter tritt sofort  
eine Lohnerhöhung von 3 Proz. ein;  
vom 1. Oktober 1905 ab eine weitere  
Lohnerhöhung von 2 Proz.  
Für Papphandwerkerarbeiten tritt  
sofort eine Lohnerhöhung von 5 Proz.  
ein, vom 1. Oktober 1905 ab tritt  
eine weitere Lohnerhöhung von 2 1/2  
Proz. ein.  
4. Gelehrte Arbeiter, welche in Lohn  
beschäftigt werden, erhalten sofort eine  
Lohnzulage von 5 Proz.  
5. Die Löhne der Hilfsarbeiter,  
welche mindestens ein Jahr in der  
Branche beschäftigt sind, werden eben-  
falls auf 5 Proz. angehoben.  
6. Ueberstunden werden bis 8 Uhr  
abends mit 25 Proz., nach 8 Uhr und  
Sonntagsarbeit mit 30 1/2 Proz. Zu-  
schlag entlohnt.  
7. Die Heimarbeit wird in der  
Weise eingeschränkt, als neue Arbeit-  
nehmer in Zukunft nicht eingestellt  
werden dürfen.  
8. Entlassungen wegen Mangels an  
Arbeit sollen in der Regel erst dann  
stattfinden, wenn die Arbeitszeit be-  
reits auf 7 Stunden täglich vermindert ist.  
9. Wahrgelungen aus Anlaß der  
Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden;  
sämtliche Streitigkeiten müssen wieder  
eingestellt werden, so weit Arbeit und  
Lohn vorhanden ist, bevor fremde  
Arbeitskräfte angenommen werden.  
10. Die Parteien werden eine parti-  
zipative Schlichtungskommission bilden,  
bestehend aus 2 Arbeitgebern und  
2 Arbeitnehmern unter dem eben-  
tueellen Vorsitz eines Unparteiischen.  
Die Kommission soll gehalten sein,  
sämtliche Differenzen, welche aus  
diesem Vertrage entstehen und zu  
Streiks und Ausperrungen führen  
könnten, auf gütlichem Wege beizulegen.  
Die Schlichtungskommission hat  
ferner die Pflicht, einen einseitigen  
neuen Vertragsentwurf ausgearbeitet  
und denselben 4 Wochen vor Ablauf  
des alten Vertrages den Parteien  
vorzulegen.  
Ebenfalls es der Schlichtungs-Kom-  
mission nicht, die vorhandenen Diffe-  
renzen zu beseitigen, und wird der  
genannte Vertragsentwurf von den  
Parteien nicht angenommen, so soll  
in allen diesen Fällen das Einigungs-  
amt sofort als zweite Instanz an-  
gerufen werden.  
Vor dem Spruch des Einigungs-  
amts darf zu Streiks und Aus-  
perrungen nicht geschritten werden.  
11. Der Vertrag tritt vorbehaltlich  
der Genehmigung der beiderseitigen  
Generalversammlungen am 13. Juli  
dieses Jahres in Kraft und gilt bis  
zum 30. April 1908.  
u.  
gez. v. Schulz, E. Bernhardt, Grohn,  
A. Köhler, E. Köhler.

**Sozialdemokrat. Wahlverein  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis  
(Süd-Ost).**  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Kenntnis, daß unser Genosse, der  
Schriftföher  
**Gustav Wonde**  
(wohnhaft Gurtzstr. 41, Stadt-  
bezirk 107a) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 16. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaud-Richthofes aus  
statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
244/7 Der Vorstand.

**Zentral-Verband  
d. Zimmerer Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.  
(Bezirk 2.)  
Allen Kameraden zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied  
**Karl Robbert**  
plötzlich verstorben ist. 255/6  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 4 Uhr vom Kranken-  
haus am Friedrichshain aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Verband der haugewerblichen  
Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Paul Steger**  
am 12. Juli nach langem Leiden  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 16. Juli, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Markus-Richthofes in  
Wilhelmsberg aus statt. 34/12  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Zentralverband der Maschinisten  
u. Heizer sowie Berufsgenossen  
Deutschlands.**  
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Donnerstag, den 13. Juli,  
verstarb das Mitglied Kollege  
**Heinrich Scholz.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 16. Juli, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaud-Richthofes in  
Britz aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
138/20 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau  
**Auguste Liebich**  
geborene Jaschke  
am 11. Juli, abends 9 Uhr, plötz-  
lich am Herzschlag gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Zentral-Fried-  
hofes in Friedrichshain aus statt.  
Um stille Beileid bittet  
Karl Liebich  
Bruchstraße 54.  
15

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme und die reichen  
Strandbesuche bei der Beerdigung  
unseres lieben Sohnes und Bruders  
**Willy Köhlert**  
sagen wir unseren herzlichsten Dank,  
insbesondere den Herren Kollegen der  
K. G. G., Drummstr. 61. L. 288  
Die trauernden Eltern und  
Geschwister.

**Neu eröffnet!**  
**Zahnärztliche Klinik**  
und Laboratorium für künstlichen  
Zahnersatz. 9-5 Uhr.  
**NW., Luisenstraße 14**  
bei dem Haupteing. zur Charité.  
Dr. med. E. Rudel,  
Arzt und Zahnarzt.  
**Athriwi**  
**„Stella“**  
Zigaretten  
garantierte Handarbeit.  
**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige Herren-Moden.  
Bereitstellung u. Maß, tadellose An-  
fertigung in eigener Werkstatt.  
Spezialgeschäft für  
**Herren-Bekleidung.**  
Kein Waren-Kredithaus.  
**J. Kurzberg,**  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Bahnhof Sannowitzbrücke.





Agitations-Kalender.

Wilhelm II.

Mai.

9. Nach der „Eb. Kirchenzeitung“ soll Wilhelm II. in Wilhelmshafen gesagt haben: „Man dürfe aus den japanischen Siegen nicht den Schluß ziehen, daß Buddha unserem Herrn Christus über sei. Wenn Rußland geschlagen wurde, so liegt das daran, daß es mit dem russischen Christentum sehr traurig bestellt sein müsse! Aber auch im deutschen Volke sei es schlimm bestellt mit dem Christentum, und er — der Kaiser — bezweifle, ob wir Deutsche im Falle eines Krieges überhaupt noch das Recht hätten, Gott um den Sieg zu bitten, ihm denselben im Gebete abzurufen wie Jakob im Sieg mit dem Engel.“

Von Kriegsbeere und Flotte.

April.

2. Sanitätsmaat Unteroffizier Fehne in Cuxhaven 14 Tage Mittelarrest. Das Opfer seiner Mißhandlungen ist irrsinnig geworden.

Mai.

8. Unteroffizier Kreuzmann vom 20. Infanterie-Regiment in Augsburg 10 Monate Gefängnis und Degradation. Er war wegen Mißhandlung schon einmal bestraft, degradiert, dann aber rehabilitiert worden.

Juni.

6. Ein Unteroffizier vom 161. Infanterie-Regiment in Trier wegen Auspeitschung eines Soldaten 15 Tage Mittelarrest.

tätliche Angriffs auf Vorgesetzte, Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und Beseitigung von Vorgesetzten ersteren zu 6 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere, letzteren zu 5 Jahren Gefängnis. Die Soldaten haben auf dem Marsch in einem Dorf-Gasthause einem Sergeanten, der ihnen Schnaps trinken verbot und sie aus dem Lokal wies, den Gehorsam verweigert und zuletzt sich tödlich vergangen.

Koloniales.

April.

8. „Für das deutsche Volk gilt es noch für absehbare Zeit, sich mit Geduld zu wappnen und Geld in seinenbeutel zu tun“, schreibt die „National-Zeitung“.

Mai.

16. Soldatenbriefe aus Südwestafrika klagten über mangelhafte Verpflegung.

Unser Richter und Staatsanwälte.

April.

1. Genosse Fride von der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten von Hannover fünf Monate Gefängnis.

Mai.

6. Das Strafkonto der Arbeiterbewegung wurde im April mit zwölf Jahren zwei Monaten fünf Wochen und fünf Tagen Freiheitsberaubung sowie 870 M. Geldstrafen belastet.

7. Die Revision des Königsberger Urteils vom Reichsgericht verworfen.

Juni.

1. Der Arzt Dr. Hartwich in Caputh bei Potsdam hat ungehörliche Zustände in der Polizeibewachung von Caputh aufgedeckt. Der Amtsvorsteher und Rittergutsbesitzer v. Thümmen und sein Vertreter Thurely haben Erpressungen und Kötzigkeiten an ihren „Untertanen“ vorgenommen. 20 M. Geldstrafe. Der Wahrheitsbeweis sei im wesentlichen erbracht.

Majestätsbeleidigung.

April.

9. Ein Gastwirt in Berlin wegen Majestätsbeleidigung drei Monate Gefängnis. Es wird ihm geglaubt, daß er „ein konservativer Mann“ sei und „nicht aus ehrloser Gefinnung“ gehandelt habe.

Mai.

7. Ein Holländer in Crefeld, der sich in Trunkenheit unvorsichtig über den Kaiser äußerte, zwei Monate Gefängnis.

Aus dem Zuchthausstaat.

Mai.

19. Breslauer Parteigenossen haben eine Versammlung im Breslauer Gewerkschaftshaus angemeldet, ohne die Zimmernummer anzugeben. Geldstrafe.

22. „Ueber Polizei darf hier nicht gesprochen werden“ ruft der Oberwachende Beamte in einer Holzarbeiterversammlung in Plessburg, da der Redner auf die Ausschichtslosigkeit eines Gesuches um Bewilligung eines öffentlichen Aufzuges zu reden kommt. Später löst er die Versammlung wegen Zuwiderhandlung auf.

Unsere Gegner.

April.

7. Der Zentrums-Abg. v. Hertling tituliert seinen Parteigenossen Dr. Heim in einem Artikel des „Hochland“ als „Hausknecht der Partei“.

8. Im Prozeß gegen den Dompropst Malzi, der wegen Sittenverbrechens in Mainz angeklagt ist, wird gerichtlich festgestellt, daß in Mainz Gebetsversammlungen für die Freisprechung des Malzi stattgefunden haben.

12. Dompropst Malzi wegen Sittenverbrechens neun Monate Gefängnis.

16. Dr. Heim antwortet Frhn. v. Hertling: „Führer, die auf den Wink gehorchen der Regierung zur Verfügung stehen und als Vorreiter der Karosse der Mächtigen und als freiwillige Kavalen sich glücklich fühlen, sind nicht geeignet zu diesem Amte.“

20. In dem Inseratenteil der „Münchener N. N.“ ist zu lesen: „Großkapitalisten oder Banken bietet sich nie wiederkehrende Gelegenheit, den Handelsteil einer nachweislich in hoher Auflage erscheinenden politischen Zeitung zu pachten.“

21. Vorstehender Thiemann berichtet in der Generalversammlung der Arbeitgeber des Baugewerbes in Köln über umfangreiche Verwendung schwarzer Listen.

26. „Die Neue Gesellschaft“ veröffentlicht Dokumente der ultramontanen Arbeiterpolitik, worin ein christlicher Gewerkschaftsagitator sagt:

Die Herren Pfarrer sind der Ansicht, daß eine Gewerkschaft auf christlicher Grundlage auch in politischer wie konfessioneller Beziehung tätig sein soll, von Verbesserungen der Lage der Arbeiter soll überhaupt nichts erwähnt werden. Wenn man davon spricht, ist man einfach ein Sozialdemokrat, der nur seine rote Kravatte mit einer schwarzen verdeckt.

23. Der nationalliberale und alldeutsche Professor Hasse schreibt in seinem Buche: „Das Deutsche Reich als Nationalstaat“:

„Eine gewisse Geistesbildung verträgt sich eben nicht mit der ausschließlichen Beschäftigung mit einer geistestötenden, mechanischen, schweren und schmutzigen Arbeit.“

Entweder wir halten einen bestimmten Teil unseres eigenen Volkes auf unserer niedersten Stufe der Arbeiterorganisation der Gesellschaft, dann aber auch der Kultur fest, und wir verzichten dann auf die Grausamkeit, diesen Teil des Volkes durch eine hohe Volksschulbildung mit den Ansprüchen auf eine höhere Lebenshaltung auszustatten. Diese Art der Lösung in einem Staate, dessen Grenzen gegen die Einwanderung abgeschlossen ist, wäre die wünschenswerteste vom Rassestandpunkte aus betrachtet.“

2. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Königsberger Stadtparlament, auf das Grab Johann Jacobys aus Anlaß seines 100. Geburtstages einen Kranz niederzulegen und seine Bißte, die im Museum nicht geduldet wird, im Stadtordeordnetenjahr aufzustellen, wird von der freisinnigen Mehrheit abgelehnt.

4. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller verbietet durch Mundschreiben seinen Mitgliedern die Einstellung aller von bestimmten Bremer und Westfälischer Firmen kommenden Arbeiter, die mit einem Entlassungsschein vom 22. April er. oder später versehen sind. Einige Tausend Arbeiter werden von dieser Ausschungsmaßregel betroffen.

4. Die rheinisch-westfälischen Ringbrauereien haben 50 Proz. ihrer organisierten Arbeiter ausgesperrt. Das christliche Gewerkschaftskartell veröffentlicht die Erklärung, daß sie sich an dem von der organisierten Arbeiterchaft proklamierten Vierboylott nicht beteilige. Die Erklärung wird von den Frauen als Flugblatt verbreitet.

4. Der 68 Jahre alte Genosse Karl May-Berlin begeht Selbstmord. Er hatte 22 Jahre bei Bernhard Josef in Berlin als Gärtler gearbeitet, war sodann sieben Monate lang ausgesperrt und hatte seinen Chef nicht gegrüßt. Da „Abbitte“ von ihm verlangt wird, die er nicht leisten will, scheidet er freiwillig aus dem Leben.

5. Der freisinnige Oberbürgermeister von Breslau, Wender, weigert sich, den Vorsitzenden der Organisation der städtischen Arbeiter zu empfangen, der ihm Beschwerden vorbringen will.

6. Der Scharfmacherverband beschließt diese Resolution: „Der Zentralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung durchaus gefährlich.“

7. Hans Leuh veröffentlicht Erinnerungen an den „Kreuz-Zeltungs“-Hammerstein. Briefe des konservativen Parteiführers v. Raackhaupt enthalten teils eigene, teils von Bismarck stammende Äußerungen über den Kaiser, die aus strafgesetzlichen Gründen nur durch Punkte angedeutet werden. Ein Ausspruch des späteren Justizhäuslers v. Hammerstein lautet: „Es gibt kein anderes Mittel gegen die Sozialdemokratie, als daß man die Arbeiter provoziert und dann schießen läßt.“

7. Zwei Belastungszeuginnen aus dem Malziprozeß in Mainz werden von der fanatisch ultramontanen Bevölkerung mit Beschimpfungen verfolgt. Eine Velsidigerin 20 M. Geldstrafe.

10. Die rheinisch-westfälischen Ringbrauer sprechen den christlichen Vorkostbrechern in der Zentrums-Presse „herzlichsten Dank und warmste Anerkennung“ aus.

11. Die „Freie Deutsche Presse“ („Freisinnige Zeitung“) zetert wider Reichsverbandssteuern.

16. Der Hamburger Senat bringt seine Wahlrechtsraub-Vorlage ein.

24. Die „Kölnische Volkszeitung“, das führende Zentrumsorgan, spricht sich prinzipiell gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht und für Wahlrechtsraub aus mit dieser Begründung: „... Es ist ja richtig, daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Maschinerie zum Stillstand zu bringen droht, rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen muß. Kein Staat kann sich selbst verneinen und umstürzen lassen, ohne sich zu wehren. Darüber sollen die Sozialdemokraten sich nur ja keinen Täuschungen hingeben.“

24. Wegen Vergehens gegen § 166 (Gotteslästerung) wird in München gegen den evangelischen Divisionspfarrer Bachstein kriegsgerichtlich verhandelt. Der Prozeß, der durch kirchliche Demunziation veranlaßt ist, endet mit Freispruch.

29. Die Dresdener Zigarettenfabriken sperren 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus, weil sie es ablehnen, durch „handschriftliche Versicherung an Eidesstatt“ auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten.

4. Die Münchener Maschinenfabrikanten wollen jene ausgesperrten Arbeiter wieder einstellen, die folgende Erklärung unterschreiben: „Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das schärfste beurteile, weil beide nur Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern säen und gleich schädliche Folgen für Industrie und Arbeiterschaft hervorrufen.“

8. Die „Kreuz-Zeitung“ verlangt, daß Abgeordnete, die vor dem Kaiserhof den Saal verlassen, aus dem Reichstag ausgeschlossen werden sollen.

8. Der nationalliberale Kandidat Hausmann in Hameln bietet einem weltlichen Agitator 60 M., damit er seine Anhänger veranlasse, in der Stichwahl für Hausmann zu stimmen.

11. Die freisinnigen Stadtverordneten in Königsberg lehnen den Antrag ihres Parteigenossen Briebich auf Einführung eines Minimallohnens von 30 Pf. in städtischen Betrieben ab.

11. Der katholische Pfarrer und Lokalschulinspektor Engler in Schweinfurt wegen Sittlichkeitsverbrechens 10 Monate Gefängnis.

15. Die Abhängigkeit der Zentrums-Presse von den Unternehmern illustriert der Jahresbericht des Kasseler Verbandes der Textilindustriellen von 1900 wie folgt: „Von einem überraschenden Erfolge begleitet war der Beschluß, von Seiten der Verbandsmitglieder nicht mehr in dem Lokalblatt „Volkfreund“ zu inserieren. Es fand dieser Beschluß innerhalb wie außerhalb des Verbandes lebhaften Anklang und andere Fabrikantenverbände schlossen sich ihm an. Die Maßnahme führte dahin, daß nach und nach der Ton jenes Blattes dem Unternehmertum gegenüber wie überhaupt in sozialen Angelegenheiten ein anderer wurde, und eine Rückwirkung des fraglichen Beschlusses hat sich auch bereits bis auf die Arbeiterverbände bemerkbar gemacht.“

15. Die organisierten Baunternehmer von Bremerhaven erlassen ein Zirkular an ihre Kollegen, in welchem sie unter Androhung einer Aussperrung schreiben: „Wir bitten dringend, in dem Bezirke Ihrer Vereinigung schon jetzt dafür zu sorgen, daß dort kein Maurer, Zimmerer oder Bauarbeiter aus den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe Unterschluß findet. Streiklisten werden Ihnen demnächst zugeandt.“

17. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie agitiert mit Hilfe der Chefs bei Krankenkassenwahlen in Greiz und Erfurt.

23. Beim Schaumburg-Vippeschen Kriegerverbandesfest hält Serenissimus eine flammende Rede gegen die Umsturzpartei, die „nicht kräftig genug bekämpft werden“ kann.

23. Die Stadtverordneten-Versammlung in Kachen, in der das Zentrum die Mehrheit hat, genehmigt einen Eingemeindungsvertrag, wonach der neue Gemeineteil Forst alle in Kachen bestehenden Steuern, Lasten und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Brennmaterialiensteuer übernimmt. Daraus ergibt sich: Der reiche Kachener Gürtel-Altien-Verein Kote Erde, der jährlich drei bis vier Millionen Mark Reingewinn macht, wird von der Brennmaterialiensteuer freigelassen; der armen Bevölkerung der Landbürgermeisterei Forst aber wird die Fleisch- und Margarinesteuer aufgeladen.

29. Bei der Bauarbeiter-Aussperrung in München hatten sich eine Reihe von Arbeitgebern, die dem Unternehmerverbände nicht angehören, der Aussperrung nicht angeschlossen. Um diese nun zu zwingen, ihre Arbeit ebenfalls ruhen zu lassen und ihre Arbeiter auf das Pflaster zu werfen, lassen die Scharfmacher ein Rundschreiben an die Baumatcrialienhandlungen ergehen, worin es heißt: „Sie sind ebenso sehr wie wir an einer ruhigen Entwicklung, an der Ermöglichung einer aufsteigenden Tendenz der hiesigen Bau-tätigkeit interessiert, weshalb wir wohl nicht vergeblich Ihre Unterstützung insofern erbitten, daß den unserem Verbände fernstehenden Baunternehmern durch Nichtlieferung der nötigen Baumatcrialien unmöglich gemacht wird, die Interessen der sozialdemokratischen Gewerkschaften dadurch zu fördern, daß sie deren Anhänger weiter beschäftigen, und uns auf diese Weise in den Rücken fallen.“

# Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste  
**SCHUHWAREN FABRIKEN**  
Burg b. Mgbg.

Eigene Geschäfte in Berlin und Umgegend:

- C., Rosenthalerstraße 14.
- C., Spittelmarkt 15.
- W., Potsdamerstraße 50.
- W., Schillstraße 16.
- S., Oranienstraße 65.
- SW., Friedrichstraße 240-241.
- NW., Beusselstraße 29.
- NW., Turmstraße 41.
- NW., Wilsnackerstraße 22.
- O., Andreasstraße 50.
- O., Gr. Frankfurterstraße 139.
- N., Danzigerstraße 1.
- N., Müllerstraße 3.
- N., Reinickendorferstraße 14.

Charlottenburg: Wilmersdorferstraße 122-123.  
Rixdorf: Bergstraße 30-31.  
Potsdam: Brandenburgerstraße 54.

## Die besten Schuhwaren

herzustellen ist unser Bestreben!  
Nur wirklich gute Materialien

**ZU**

verarbeiten unser Grundsatz!  
Alle Waren zu

## billigsten Preisen

dem kaufenden Publikum zuzuführen, ein Zeichen unserer Reellität!

### Allseitige Anerkennung finden:

Herren-Schnürschuhe, farbig Segeltuch m. Leder-garnitur, sehr praktisch... **3 90** M.

Herren-Zug- u. Schnürstiefel kerniges Wichsleder M. 5,70, **4 50** M.

Herren-Schnür- und Schnallenstiefel, Ia. Box horse bequeme Reisesstiefel **8 50** M.

Herren-Schnürstiefel, echt braun Ziegenleder, beliebte Sommerstiefel. **8 75** M.

Knaben-Turnschuhe, farbig Segeltuch mit Gummi-Sohlen, prima Qualität, Garantie für Haltbarkeit M. 2,30 bis **1 50** M.

Kinder-Knopf- und Schnürstiefel, echt Ziegenleder, rot, braun u. schwarz **1 90** M.

Damen-Schnürschuhe, farbig Segeltuch m. Leder-garnitur, äußerst dauerhaft **3 20** M.

Damen-Spangenschuhe, rot und braun Ziegenleder, mit Schleifen... **3 75** M.

Damen-Knopf- und Schnürstiefel aus kernigem Wichsleder, solide... **5 00** M.

Damen-Knopf- u. Schnürstiefel echt Boxhorse oder Chromleder... **6 75** M.

Mädchen-Knopf-, Schnür- u. Spangenschuhe, Ia. Ziegenleder, moderne Farb., M. 4,40 bis **2 80** M.

Mädchen-Schnürstiefel, grau Segeltuch mit farbiger Ledergarnitur, M. 4,90 bis **3 70** M.

Radfahrer-Schuhe und Sandalen, Opanken.

Ca. **1000**

Spezialmaschine neuester Konstruktion.

**82**

eigene Geschäfte.

**1500**

Arbeiter und Beamte.





